



## Protokoll

### 40. Sitzung des Landrates des Kantons Basel-Landschaft

Liestal, 23. Juni 2005

09.00 – 12.10 Uhr

**Abwesende**

Kunz Urs, Ruffi Werner, Steiner Christian und Zihlmann Iris

**Kanzlei**

Mundschin Walter

**Protokoll:**

Maurer Andrea und Keiser Seline

**Index**

|                             |      |
|-----------------------------|------|
| Persönliche Vorstösse ..... | 1368 |
| Traktandenliste, zur .....  | 1351 |

**Traktanden**

1 Anlobung von Dieter Gysin als Präsident des Bezirksgerichts Waldenburg und von Fabian Möller als Richter am Verfahrensgericht für Strafsachen  
*angelobt* 1351

2 Wahl des Präsidenten des Landrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2005 bis 30. Juni 2006  
*Eric Nussbaumer* 1351

3 Wahl der Präsidentin des Regierungsrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2005 bis 30. Juni 2006  
*Elsbeth Schneider-Kenel* 1352

4 Wahl der Vizepräsidentin des Landrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2005 bis 30. Juni 2006  
*Elisabeth Schneider* 1352

5 Wahl des Vizepräsidenten des Regierungsrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2005 bis 30. Juni 2006  
*Urs Wüthrich* 1353

8 2005/149  
Berichte des Regierungsrates vom 31. Mai 2005 und der Petitionskommission vom 7. Juni 2005: 28 Einbürgerungsgesuche  
*beschlossen* 1353

9 2005/138  
Bericht der Petitionskommission vom 25. Mai 2005: Petition "Mehr Gerechtigkeit bei der Verteilung von Geldern aus dem Kulturfonds Basel-Landschaft" des Neuen Orchesters Basel  
*Petition abgelehnt* 1354

10 2005/122  
Berichte des Regierungsrates vom 3. Mai 2005 und der Finanzkommission vom 15. Juni 2005: Nachtragskredite zum Budget 2005  
*beschlossen* 1355

11 2005/109  
Berichte des Regierungsrates vom 12. April 2005 und der Finanzkommission vom 6. Juni 2005: Umwandlung von Dotationskapital der Basellandschaftlichen Kantonalbank in Kantonalbank-Zertifikate  
*beschlossen* 1356

6 Wahl von 5 Mitgliedern des Büros des Landrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2005 bis 30. Juni 2006  
*Aebi, Hess, Wegmüller, Frey und Fritschi* 1359

7 Ersatzwahl eines Mitglieds der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission anstelle der verstorbenen Claudia Piatti  
*Aldo Piatti* 1360

12 2005/092  
Berichte des Regierungsrates vom 5. April 2005 und der Bau- und Planungskommission vom 19. Mai 2005: Übertragung der Liegenschaft Parzelle Nr. 2815, Grundbuch Münchenstein, Schul- und Werkstattgebäude Gutenbergstrasse Nr. 8 vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen  
*beschlossen* 1360

13 2005/077  
Berichte des Regierungsrates vom 8. März 2005 und der Personalkommission vom 23. Mai 2005: Flankierende Massnahmen bei Stellenabbau im Rahmen des Projektes Generelle Aufgabenüberprüfung (GAP). 2. Lesung  
*beschlossen* 1360

14 2005/076  
Berichte des Regierungsrates vom 8. März 2005 sowie der Finanzkommission vom 23. Mai 2005, der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission vom 20. Mai 2005, der Bau- und Planungskommission vom 20. Mai 2005, der Umweltschutz- und Energiekommission vom 24. Mai 2005, der Justiz- und Polizeikommission vom 22. Mai 2005, der Erziehungs- und Kulturkommission vom 18. Mai 2005 und der Personalkommission vom 23. Mai 2005: Entlastungspaket aus der Generellen Aufgabenüberprüfung. 2. Lesungen und Behandlung der Anträge 18–23  
*beschlossen* 1361

**Nicht behandelte Traktanden**

15 2005/089  
Bericht des Regierungsrates vom 15. März 2005 und der Finanzkommission vom 10. Juni 2005: Staatsrechnung 2004



Nr. 1290

**Begrüssung, Mitteilungen**

Landratspräsidentin **Daniela Schneeberger** begrüsst die Anwesenden herzlich zur letzten Landratssitzung vor den Sommerferien und hofft, es haben sich seit der gestrigen Sitzung alle gut erholt. Sie begrüsst auch die Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Tribüne und wünscht ihnen einen interessanten halben Tag. Ein spezieller Gruss geht an den alt Landratspräsidenten Robi Schneeberger mit Begleitung und an alt Regierungsrat Peter Schmid.

*Umsetzung Verfahrenspostulat 2004/226*

Die kumulierte Summe beläuft sich unverändert auf CHF 115,22 Mio.

*Entschuldigungen*

Kunz Urs, Rufi Werner, Steiner Christian und Zihlmann Iris

*Stimmzähler*

Seite FDP: Matthias Zoller  
Seite SP: Anton Fritschi  
Mitte/Büro: Urs Hess

*Wahlbüro*

Heinz Aebi, Sylvia Liechti, Rolf Gerber (Landeskanzlei)

*Für das Protokoll:*

*Andrea Maurer-Rickenbach, Landeskanzlei*

\*

Nr. 1291

**Zur Traktandenliste**

Während die Stimmen zu Traktanden 2 bis 5 ausgezählt werden, wird die Traktandenliste ab Traktandum 8 weitergeführt.

*Für das Protokoll:*

*Andrea Maurer-Rickenbach, Landeskanzlei*

\*

Nr. 1292

**1 Anlobung von Dieter Gysin als Präsident des Bezirksgerichts Waldenburg und von Fabian Möller als Richter am Verfahrensgericht für Strafsachen**

**Dieter Gysin** als Präsident des Bezirksgerichts Waldenburg und **Fabian Möller** als Richter am Verfahrensgericht in Strafsachen geloben, die Verfassung und die Gesetze zu beachten und die Pflichten ihres neuen Amtes gewissenhaft zu erfüllen.

**Daniela Schneeberger** wünscht Dieter Gysin und Fabian Möller in ihren Ämtern viel Befriedigung und alles Gute.

*Für das Protokoll:*

*Andrea Maurer-Rickenbach, Landeskanzlei*

\*

Nr. 1293

**2 Wahl des Präsidenten des Landrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2005 bis 30. Juni 2006**

**Ruedi Brassel** informiert, die SP-Fraktion freue sich, Eric Nussbaumer zur Wahl als neuen Landratspräsidenten vorschlagen zu können. Eric Nussbaumer sei als kompetenter und engagierter Mensch bekannt, welcher mit grosser Energie Politik betreibe. Eric Nussbaumer sei sogar ein Fachmann für erneuerbare Energie und es sei immer wieder erstaunlich, wie viel Energie er mobilisieren könne. Erneuerbare Energie und etwas frischer Wind tue dem Landrat sicherlich zuweilen gut, wärmende Sonne und heute nicht zuletzt auch kühlendes Wasser. Eric Nussbaumer verbinde die verschiedenen genannten Elemente aufs Beste und bringe zudem auch das Know-how des politischen Business mit. Weiter hatte er im letzten Jahr ausreichend Gelegenheit, alle Ratsmitglieder à fond mit Namen kennen zu lernen und per Namen aufzurufen, was ihn endgültig dazu qualifiziere, für ein Jahr zum höchsten Baselbieter gewählt zu werden. Die SP-Fraktion empfiehlt dem Landrat daher, Eric Nussbaumer zu wählen.

Nachdem die Stimmzettel ausgefüllt und vom Wahlbüro ausgezählt wurden, gibt **Daniela Schneeberger** das Wahlergebnis bekannt.

|                                         |    |
|-----------------------------------------|----|
| <i>Zahl der Stimmberechtigten:</i>      | 90 |
| <i>Zahl der eingelegten Wahlzettel:</i> | 84 |
| <i>Zahl der leeren Wahlzettel:</i>      | 4  |
| <i>Zahl der ungültigen Wahlzettel:</i>  | 0  |
| <i>Zahl der gültigen Stimmen:</i>       | 80 |
| <i>Absolutes Mehr:</i>                  | 41 |

*://:* Gewählt ist mit 68 Stimmen Eric Nussbaumer.

Zu Ehren des neu gewählten Landratspräsidenten spielt das Gymnasium Liestal Jazz Orchestra unter der Leitung des Lehrers Martin von Rütte.

**Eric Nussbaumer** bedankt sich mit folgender Rede für seine Wahl zum Landratspräsidenten für das Amtsjahr vom 1. Juli 2005 bis 30. Juni 2006:

Frau Landratspräsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Ich danke Ihnen von ganzem Herzen für das in der Wahl ausgesprochene Vertrauen, mich als Landratspräsidenten so zu akzeptieren, wie ich bin: Ehrlich, manchmal kantig, nicht nachtragend, meistens gut gelaunt. Ich bin nicht mehr als eine Facette der Baselbieter Bevölkerung.

Geschätzte Damen und Herren Regierungsräte, liebe Freunde, liebe Bekannte und Verwandte

Als ich vor 17 Jahren in Frenkendorf mit meiner Familie Wohnsitz nahm, war ich noch nicht in der Politik aktiv. Dass ich heute Landratspräsident werden darf, bewegt mich und ich danke allen, die in meiner bisherigen politischen Arbeit meine Wegbegleiter, meine Unterstützerinnen und Unterstützer oder meine Kritiker waren. Am meisten danke ich aber meiner Frau Margrit und unseren drei Kindern, die mir die Freude an der Politik gelassen haben und mir auch die zeitweise Leidenschaft für die Politik noch nie vergönnt haben. Ich danke auch meiner Partei und meiner Fraktion, ohne die ich die vielfältigen politischen Aufgaben der letzten Jahre nicht hätte ausüben können.

Ich bedanke mich beim Gymnasium Liestal Jazz Orchestra unter der Leitung von Herrn von Rütte und mit der Saxophonistin Melanie Nussbaumer, dass sie sich hier in den Landratssaal gezwängt haben. So flott wie ihre Musik, so flott wünschte ich mir auch manche Landratsdebatte.

Ein Soziologe hat zu Wahlen in der Demokratie gesagt: "Die grosse Aufgabe der Demokratie, das ist die Wahl; sie ist ihr Ritual und ihr Fest." Das gilt auch hier und heute. Die grosse Aufgabe, einen neuen Landratspräsidenten zu wählen, haben wir in einem ersten Teil einmal mehr durchaus rituell gemeistert. Es ist eine win-win-Situation geworden. Die, welche meinen Namen nicht schreiben konnten, sind zufrieden, und die, welche meinen Namen geschrieben haben, sind auch zufrieden. Zufrieden ist auch der Gewählte selber. Ich freue mich, dass ich Sie jetzt auch zum zweiten Teil der grossen Aufgabe in der Demokratie, zum Wahl-Fest, noch einmal ganz herzlich nach Frenkendorf einladen darf.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Nach der Sommerpause werden wir uns dann zum dritten Jahr in der laufenden Legislatur hier treffen und uns unserer Aufgabe in der Demokratie annehmen. Wir werden dazu eine neue Audio-Anlage bekommen. Unsere Aufgabe zu erfüllen, sollte zumindest audiotecnisch dann kein Problem mehr darstellen. Unsere politische Aufgabe bleibt die Gleiche. Unsere Aufgabe als Parlament ist es, den Ausgleich in der Politik zu finden, vernünftige und sozial gerechte Lösungen zu formulieren. Rabanus sagte im Mittelalter dazu: "Politik ist der Versuch, das Gesollte mit dem Gewollten gekonnt in gesellschaftlichen Einklang zu bringen."

Für diese Aufgabe bin ich gerne für ein Jahr Vorsitzender des Baselbieter Landrates und hoffe, dass wir uns dieser Aufgabe mit Respekt, einer Prise Heiterkeit, manchmal auch mit spitzer Zunge, aber immer mit Offenheit stellen werden.

*Für das Protokoll:  
Andrea Maurer-Rickenbach, Landeskanzlei*

\*

Nr. 1294

### 3 Wahl der Präsidentin des Regierungsrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2005 bis 30. Juni 2006

**Peter Zwick** schlägt seitens CVP/EVP-Fraktion Elisabeth Schneider-Kenel zur Wahl als Regierungspräsidentin vor. Elisabeth Schneider-Kenel ist seit elf Jahren Regierungsrätin und durfte am 1. Juli 1998 erstmals das Amt der Regierungspräsidentin antreten, ein weiteres Mal im Jahr 2002 und heute ist sie ein drittes Mal an der Reihe. Elisabeth Schneider-Kenel sei ein überaus engagiertes Regierungsmitglied und ihr spürbares Engagement sei auf den ganzen Kanton ausgerichtet. Ihre sehr anspruchsvolle Direktion umfasse viele Bereiche unserer Gesellschaft, über welche ausgiebig diskutiert werde, was die Arbeit als Regierungsrätin nicht immer vereinfache. Elisabeth Schneider-Kenel stelle sich jedoch ihren Aufgaben und bewältige sie hervorragend. Sie habe ein offenes Ohr sowohl für die Landrätinnen und Landräte als auch insbesondere für die Bevölkerung. Seit dem Beginn ihrer Zeit als Regierungsrätin stehe sie während der von ihr eingeführten Sprechstunde der Bevölkerung zur Verfügung. Im Namen der CVP/EVP-Fraktion ist Peter Zwick überzeugt, dass Elisabeth Schneider-Kenel das Regierungspräsidium gut und umsichtig führen und eine gute Regierungspräsidentin sein wird.

Auch hier gibt **Daniela Schneeberger** nach der Auszählung der Stimmzettel durch das Wahlbüro das Wahlergebnis bekannt:

|                                         |    |
|-----------------------------------------|----|
| <i>Zahl der Stimmberechtigten:</i>      | 90 |
| <i>Zahl der eingelegten Wahlzettel:</i> | 84 |
| <i>Zahl der leeren Wahlzettel:</i>      | 20 |
| <i>Zahl der ungültigen Wahlzettel:</i>  | 1  |
| <i>Zahl der gültigen Stimmen:</i>       | 63 |
| <i>Absolutes Mehr:</i>                  | 32 |

://: Gewählt ist mit 55 Stimmen Elisabeth Schneider-Kenel.

*Für das Protokoll:  
Andrea Maurer-Rickenbach, Landeskanzlei*

\*

Nr. 1295

### 4 Wahl der Vizepräsidentin des Landrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2005 bis 30. Juni 2006

**Peter Zwick** informiert, die CVP/EVP-Fraktion nominiere Elisabeth Schneider-Schneiter für das Vizepräsidium des Landrates. Elisabeth Schneider gehört dem Landrat seit dem 1. Juli 1999 an und ist Mitglied der Justiz- und Polizeikommission. Sie ist bekannt als engagierte Parlamentarierin, welche den Ratsbetrieb und den Umgang mit den politischen Rechten kennt. Als Sachpolitikerin versteht sie es auch ausserhalb der Parteigrenzen, ihre Anliegen gezielt anzubringen und erreicht damit allseits eine grosse

Akzeptanz. Die CVP/EVP freut sich, mit ihrer Kollegin Elisabeth Schneider eine kompetente Kandidatin nominieren zu können.

**Daniela Schneeberger** kann folgendes Wahlergebnis bekannt geben:

|                                  |    |
|----------------------------------|----|
| Zahl der Stimmberechtigten:      | 90 |
| Zahl der eingelegten Wahlzettel: | 85 |
| Zahl der leeren Wahlzettel:      | 7  |
| Zahl der ungültigen Wahlzettel:  | 1  |
| Zahl der gültigen Stimmen:       | 77 |
| Absolutes Mehr:                  | 39 |

://: Gewählt ist mit 69 Stimmen Elisabeth Schneider.

Für das Protokoll:  
Andrea Maurer-Rickenbach, Landeskanzlei

\*

Nr. 1296

#### 5 Wahl des Vizepräsidenten des Regierungsrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2005 bis 30. Juni 2006

**Ruedi Brassel** freut sich seitens SP-Fraktion, als Vizepräsidenten des Landrates für das nächste Amtsjahr Urs Wüthrich vorschlagen zu können. Urs Wüthrich zeigte bei vielen Gelegenheiten, in Sonnen- und Schattenzeiten, immer wieder, dass er fähig ist, auf die Menschen zuzugehen. Er verfügt nicht nur über einen direkten Draht zur Bevölkerung, sondern auch zum ganzen Landrat. Als Bildungs- und Kulturdirektor hat er gezeigt, dass es ihm gelingt, Bildung, Kultur und Sport gleichwertig zum Ausdruck zu bringen und in allen Bereichen engagiert gleich viel bewegen zu können. Dies zeigt, dass er in der Regierung auch fähig sein wird, den Gesamtzusammenhang darzustellen und diesen dem Landrat und der Bevölkerung gegenüber zu vertreten. Ruedi Brassel ist der festen Überzeugung, dass Urs Wüthrich als Vizepräsident in der Regierung bezüglich Kompetenz eine gute Figur machen wird und auch für das spätere Präsidium eine gute Wahl sein wird. Er bittet den Landrat daher, Urs Wüthrich als Vizepräsidenten der Regierung zu wählen.

An dieser Stelle begrüsst **Daniela Schneeberger** die alt Landräte Ruedi Felber, Robert Marti, Willy Breitenstein und Paul Roth sowie alt Landrätin Therese Umiker.

Die Auszählung der Stimmen ergab folgendes Resultat:

|                                  |    |
|----------------------------------|----|
| Zahl der Stimmberechtigten:      | 90 |
| Zahl der eingelegten Wahlzettel: | 85 |
| Zahl der leeren Wahlzettel:      | 15 |
| Zahl der ungültigen Wahlzettel:  | 2  |
| Zahl der gültigen Stimmen:       | 68 |
| Absolutes Mehr:                  | 35 |

://: Gewählt ist mit 43 Stimmen Urs Wüthrich.

Für das Protokoll:  
Andrea Maurer-Rickenbach, Landeskanzlei

\*

Nr. 1297

#### 8 2005/149 Berichte des Regierungsrates vom 31. Mai 2005 und der Petitionskommission vom 7. Juni 2005: 28 Einbürgerungsgesuche

Kommissionspräsident **Röbi Ziegler** berichtet über diejenigen Gesuche, in welchen Wohn- und Einbürgerungsort nicht übereinstimmen.

*Zu Gesuch Nr. 9:* Die Gesuchstellerin zog mit ihren Kindern während dem laufenden Einbürgerungsverfahren von Birsfelden nach Basel. Das älteste Kind der Familie wurde vor vierzehn Tagen vom Landrat bereits eigenständig eingebürgert. Die Einwohnergemeinde Birsfelden sei damit einverstanden, die Familie in Birsfelden einzubürgern.

*Zu Gesuch Nr. 10:* Die Gesuchsteller erwarben während dem laufenden Verfahren in Birsfelden Wohneigentum und verlegten somit ihren Wohnsitz. Diepfingen ist nach wie vor mit einer Einbürgerung einverstanden.

*Zu Gesuch Nr. 11:* Der Gesuchsteller wohnt heute in Liestal, wird jedoch in Hölstein eingebürgert. Er lebte viele Jahre in Hölstein und erfüllt dort die Anforderungen der Wohnsitzdauer. Hölstein ist mit der Einbürgerung einverstanden.

*Zu Gesuch Nr. 22:* Der Gesuchsteller soll in Pratteln eingebürgert werden, lebt inzwischen jedoch in Adliswil. Der Gesuchsteller verbrachte seine Jugend- und Ausbildungszeit bis zu einem akademischen Abschluss in Pratteln, von wo er aus beruflichen Gründen wegzog.

Die Petitionskommission beschloss einstimmig, dem Landrat die Zustimmung zu allen 28 Einbürgerungsgesuchen zu beantragen.

://: Der Landrat erteilt den Bewerberinnen und Bewerbern das Kantonsbürgerrecht und setzt die Gebühren gemäss den regierungsrätlichen Vorschlägen fest.

Für das Protokoll:

Andrea Maurer-Rickenbach, Landeskanzlei

\*

Nr. 1298

## 9 2005/138

### Bericht der Petitionskommission vom 25. Mai 2005: Petition "Mehr Gerechtigkeit bei der Verteilung von Geldern aus dem Kulturfonds Basel-Landschaft" des Neuen Orchesters Basel

Kommissionspräsident **Röbi Ziegler** informiert, die vorliegende Petition stelle zwei Forderungen: Einerseits eine gerechtere Verteilung der Gelder aus dem Kulturfonds Basel-Landschaft und andererseits eine grössere Unterstützung für das Neue Orchester Basel. Im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung mit der Petition stellte die Petitionskommission schnell fest, dass es sich hier um ein relativ kompliziertes Geflecht der kantonalen Musikförderung handle, da verschiedene Quellen bestehen. Neben dem ordentlichen Budget und Kulturvertragspauschalen werden jeweils auch Gelder aus dem Lotteriefonds für die Musikförderung eingesetzt. Weiter kommen unterschiedliche Kriterien zur Anwendung. So unterscheidet man Orchester und Musikkörperschaften von überregionaler Bedeutung, welche aus der Kulturvertragspauschale unterstützt werden, Einzelbeiträge an einzelne musikalische Projekte und Subventionen an Orchester mit dauerhaftem Charakter.

Nach der Unterstützungspolitik des Kantons Basel-Landschaft fällt das Neue Orchester Basel in diejenige Gruppe von Orchestern, welchen nicht mehr als regionale Bedeutung zukommt und so kann es die im Kulturvertrag gestellten Kriterien nicht erfüllen. Die Subventionierung erfolgt daher aufgrund einer Vereinbarung, welche vom November 1999 datiert.

Die Petitionskommission stellte fest, dass die Ausrichtung von Beiträgen an das Neue Orchester Basel korrekt und der letztgenannten Vereinbarung entsprechend vorgenommen wurde. Folglich könne nicht von einer Ungerechtigkeit gesprochen werden, wie dies die Petenten tun. In einem Fall ging man sogar über die vereinbarten Beiträge hinaus.

Bei der Diskussion der Petition entstand bei einzelnen Kommissionsmitgliedern der Eindruck, dass bei experimentellen Musikprojekten und eher elitären Veranstaltungsträgern die Gelder zuweilen mit der grossen Kelle ausgegeben werden, währenddem in demjenigen Musiksegment, zu welchem auch das Neue Orchester Basel gezählt werden kann, grundsätzlich andere Subventionierungsmassstäbe gelten.

Trotz dieser kritischen Anmerkung ist die Petitionskommission nicht der Ansicht, die Verteilung der Unterstützung müsse von den Fachgremien auf eine politische Ebene verlegt werden, denn damit würde der Kultur wahrscheinlich ein Bärendienst erwiesen. Weil die Beiträge an das Neue Orchester Basel korrekt nach der Vereinbarung vom November 1999 ausgerichtet wurden und das Neue Orchester offensichtlich nicht die Kriterien erfüllen kann, welche für eine andere Form der Unterstützung Voraussetzung wären, beantragt die Petitionskommission dem Landrat einstimmig bei einer Enthaltung, die vorliegende Petition abzulehnen.

**Elsbeth Schmied** betont, das Neue Orchester Basel werde seit einiger Zeit gemäss den Bedingungen, welche seit dem 1. November 1999 gelten, unterstützt. Der Kanton unterstützt das Orchester auch insofern, dass er die von Gemeinden, in welchen das Orchester auftritt, gesprochenen Beiträge verdoppelt. Er bezahlt so höchstens 3'000 Franken pro Konzert und höchstens 20'000 Franken pro Jahr.

Das Neue Orchester Basel wird in Basel-Stadt als Sonderfall geführt und erhält jährlich 75'000 Franken aus dem Lotteriefonds. Aus dieser Sonderbehandlung leitet der Leiter des NOB nun ab, dass sein Orchester in Basel-Landschaft ebenfalls als Sonderfall gelten sollte. Da Basel-Stadt für sieben Konzerte 75'000 Franken bezahlt, sollte Basel-Landschaft für fünf Konzerte 53'571 Franken bezahlen.

Das NOB wird in Basel-Landschaft gleich behandelt wie andere Orchester, beispielsweise das Orchester Liestal, das Orchester Gelterkinden oder die Barockorchester Arlesheim und Aesch, und dies obwohl das NOB sein Domizil in Basel hat. Von einer Benachteiligung des NOB kann daher keine Rede sein. Die Petitionskommission kam zum Schluss, die bisherige Unterstützung des NOB sei korrekt und von einer Ungerechtigkeit könne nicht gesprochen werden. **Elsbeth Schmied** empfiehlt daher im Namen der SP-Fraktion, die vorliegende Petition abzulehnen.

**Rosmarie Brunner** gibt bekannt, die Petition des NOB werde von der SVP-Fraktion grossmehrheitlich unterstützt, weil es sich beim NOB um ein Orchester handle, welches regelmässig im Baselbiet spielt. Mit der Unterstützung der Petition soll auch ein Zeichen für die bevorstehende Kulturvergabedebatte gesetzt werden.

**Paul Schär** unterstützt seitens FDP-Fraktion den Antrag der Petitionskommission, denn das NOB werde korrekt behandelt.

**Hans Jermann** erklärt, die CVP/EVP-Fraktion schliesse sich den Überlegungen der Petitionskommission ebenfalls an und lehne die Petition damit ab. Die fünf im Kommissionsbericht aufgeführten Subventionskriterien können vom Orchester NOB nicht eingehalten werden und die übrigen Beitragskriterien werden korrekt angewendet.

**Kaspar Birkhäuser** stellt fest, die Grünen seien zum Schluss gekommen, dass die Fachgremien die zur Verfü-

gung stehenden Mittel nach richtigen und gerechten Kriterien an die Antragssteller verteilen. Aus diesem Grund können die Petenten nicht unterstützt werden. Grundsätzlich fliessen nach Ansicht der Grünen zu wenig Mittel des Kantons in die Kultur, sie werden für Dinge verschwendet, welche von den Grünen nicht befürwortet werden.

://: Der Landrat folgt dem Antrag der Petitionskommission und lehnt die Petition "Mehr Gerechtigkeit bei der Verteilung von Geldern aus dem Kulturfonds Basel-Landschaft" ab.

*Für das Protokoll:  
Andrea Maurer-Rickenbach, Landeskanzlei*

\*

Nr. 1299  
10 2005/122

### **Berichte des Regierungsrates vom 3. Mai 2005 und der Finanzkommission vom 15. Juni 2005: Nachtragskredite zum Budget 2005**

Kommissionspräsident **Marc Joset** informiert, gemäss dem Finanzhaushaltsgesetz habe die Regierung dem Landrat termingerecht Nachtragskreditbegehren unterbreitet und gleichzeitig über die voraussichtliche Entwicklung der Einnahmen, der Minderausgaben und der zwingend vorgeschriebenen Ausgaben des laufenden Haushalts informiert.

Beim ersten Nachtragskredit (2330 Amt für Umweltschutz und Energie; 233036580 Beiträge an Produzenten, Mehraufwand 1 Mio. CHF) gehe es um eine letztmalige Abgeltung und eine Auflösung des Vertrags zur Entsorgung der Abfälle in der RSMVA (regionale Sondermüllverbrennungsanlage). Zur Zeit wird über die Bewertung der Anlage verhandelt und eine Lösung zeichnet sich ab. Die Verhandlungen sollen nicht verzögert werden, denn daraus könnte ein Rechtsstreit entstehen. Nach der Auflösung des Vertrages wird dem Landrat eine Kreditabrechnung vorgelegt und die Kommission bittet einstimmig darum, dem Nachtragskredit zuzustimmen.

Zum Zeitpunkt der Budgetierung bestand nicht die Absicht, den Anlagebetreiber finanziell weiter zu unterstützen, weshalb auf die Einstellung eines Betrags ins Budget verzichtet wurde.

Beim zweiten Nachtragskredit (233036580 Beiträge an Produzenten, Mehraufwand CHF 500'000.–) gehe es um Förderbeiträge an Anlagen zum Sparen von Energie und zur Nutzung erneuerbarer Energie. Die Nachfrage nach derartigen Anlagen, Gebäude- und Haustechnikverbesserungen nahm erfreulicherweise stark zu, was nicht zuletzt eine Förderung der Wertschöpfung in unserer Region bedeute. Auch zu diesem Nachtragskredit beantragt die Finanzkommission dem Landrat Zustimmung.

Die Kommission diskutierte auch den Kommentar zur Entwicklung des laufenden Haushalts. Die Regierung legt

Fakten zum Stand Ende März 2005 vor. Weil die Interpretationen in der Kommission sehr unterschiedlich ausfielen, verzichtete diese auf einen Kommentar des Kommentars.

**Annemarie Marbet** erklärt, die SP spreche sich für eine definitive Lösung im Zusammenhang mit der regionalen Sondermüllverbrennungsanlage aus. Die Anlage sei grundsätzlich gut und der Preis adäquat. Trotzdem ging man im Rahmen der letzten Budgetierung davon aus, dass der Kanton nichts mehr bezahlen müsste. Die Verhandlungen zeigten jedoch, dass die verschiedenen Positionen sehr weit auseinander liegen. In der Kommission liess sich die SP davon überzeugen, dass der Kanton mit Mehrkosten von 1 Mio. Franken relativ gut fahre.

In unserer Region lagert nach wie vor recht viel Chemiemüll, welcher ebenfalls verbrannt werden sollte. Nach Aussagen der Chemie könne dieser Müll nicht in der RSMVA verbrannt werden, da diese zu klein sei. Trotzdem wäre in der RSMVA aber noch Kapazität vorhanden. Die SP spricht sich dagegen aus, dass der Kanton zur Lösung der Probleme der Chemie später noch weitere Mittel in die RSMVA einschiessen muss. Aus diesem Grund stimmt die SP-Fraktion dem Nachtragskredit zu.

**Hans-Jürgen Ringgenberg** informiert, die SVP-Fraktion stimme den beiden Nachtragskrediten zu. Zum Nachtragskredit betr. RSMVA bemerkt er jedoch, bekanntlich seien die diesbezüglichen Verhandlungen noch am Laufen und er empfinde es nicht als sehr intelligent, bereits während der Verhandlungen über eine Ausstiegsabgeltung einen Kreditbetrag festzulegen. Als Betreiber der Anlage wüsste er so ganz genau, wie viel eine solche Abgeltung kosten soll. Hans-Jürgen Ringgenberg bittet Elisabeth Schneider-Kenel daher, kurz über den Stand der Verhandlungen zu berichten. Die SVP werde, wie bereits erwähnt, trotz der vorgebrachten Bedenken zustimmen.

**Anton Fritschi** gibt der Hoffnung Ausdruck, es handle sich beim ersten Nachtragskredit hoffentlich um eine letztmalige Abgeltung resp. einen Auskauf verbunden mit der Auflösung der Verträge mit der RSMVA. Es zeichne sich eine gute Lösung ab und die laufenden Verhandlungen sollen nicht gestört werden. Damit könnte sich der Kanton Basel-Landschaft aus einem Geschäft abmelden, welches bisher immer wieder für neue Überraschungen sorgte. Die Aufgabe, welche von der RSMVA erfüllt wird, könne von Privaten mindestens ebenso gut verrichtet werden, wie vom oder mit dem Staat. Nach dem Ausstieg wird dem Landrat der Vertrag und die Abrechnung vorgelegt und es wird sich dann zeigen, wie gut die Regierung und die Verwaltung verhandelten. Im jetzigen Moment wolle die FDP-Fraktion jedoch keinen Einfluss nehmen. Zum Zeitpunkt der Budgetierung wurde die Situation anders eingeschätzt. Einerseits ging man davon aus, die nun beantragten Mittel nicht zu benötigen, andererseits hoffte man auf eine Null-Lösung.

Bei den Förderbeiträgen an Anlagen zum Sparen von Energie und zur Nutzung erneuerbarer Energie (Nachtragskredit B) reichen die budgetierten Beträge nicht aus,

denn die Zahl der Gesuche sei höher als vorhergesehen. Die Gesuchsteller jedoch verfügen über einen gesetzlichen Anspruch auf die Zahlungen, weshalb die FDP dem Landrat einstimmig beantragt, die beiden Nachtragskredite zu bewilligen. Zudem nimmt die FDP auch vom Kommentar zur Entwicklung des laufenden Haushalts Kenntnis. Diese befinde sich im grünen Bereich und gebe zu keinerlei Sorge Anlass.

**Eugen Tanner** erklärt, die CVP/EVP-Fraktion stimme den beiden Nachtragskrediten zu und verzichte auf einen inhaltlichen Kommentar dazu. Man nehme zur Kenntnis, dass das Budget 2005 voraussichtlich um rund 6 Mio. Franken schlechter als budgetiert abschneiden werde, was bedeutet, dass Regierung und Parlament jeweils offensichtlich nicht so pessimistisch budgetieren, wie dies oftmals behauptet wird.

**Jürg Wiedemann** berichtet, die Grüne Fraktion stimme den Nachtragskrediten ebenfalls zu und sie entnehme dem Kommentar der Regierung zum laufenden Haushalt, dass es verschiedene Abweichungen gebe, jedoch gehen diese in beide Richtungen und bewegen sich in einem normalen Rahmen. Es wäre unseriös davon auszugehen, der Haushalt werde erheblich schlechter aussehen als geplant.

Regierungsrätin **Elsbeth Schneider-Kenel** dankt für das Verständnis für die beiden Nachtragskreditbegehren. Bei der RSMVA handle es sich um einen Ofen, welcher mit Basel-Stadt betrieben wird. In den letzten Jahren tauchten diverse, vor allem betriebliche Probleme auf und man sei nun bereits seit Monaten daran, gemeinsam mit der Chemie und Basel-Stadt nach einer Lösung zu suchen. Heute könne sie verkünden, dass sich eine gute Lösung abzeichne, unterzeichnet sei jedoch noch nichts.

**Hans-Jürgen Ringgenberg** bittet Elsbeth Schneider-Kenel, seine Frage noch konkreter zu beantworten. Ist es sinnvoll, während laufenden Verhandlungen bereits einen Betrag festzulegen? Was versteht der Regierungsrat unter einer guten Lösung, welche sich heute abzeichnet?

**Elsbeth Schneider-Kenel** gibt Hans-Jürgen Ringgenberg insofern Recht, dass wenn ein Betrag genannt werde, auch versucht werde, das Maximum herauszuholen. Es sehe heute so aus, dass die Kosten für Basel-Landschaft rund 1 Mio. Franken betragen werden, weshalb ein Nachtragskredit in dieser Höhe beantragt wurde.

#### *Detailberatung Landratsbeschluss*

*Titel und Ingress* keine Wortbegehren

#### *2330 Amt für Umweltschutz und Energie*

A) keine Wortbegehren  
B) keine Wortbegehren

://: Der Landrat spricht sich für die beiden Nachtragskredite in der Gesamthöhe von 1,5 Mio. Franken aus.

### **Landratsbeschluss betreffend Nachtragskreditbegehren zum Budget 2005**

*vom 23. Juni 2005*

*Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:*

*Der folgenden Änderung der laufenden Rechnung 2005 wird zugestimmt:*

#### **Mehraufwand in Franken**

#### **2330 Amt für Umweltschutz und Energie**

|                                      |                  |
|--------------------------------------|------------------|
| A) 233036580 Beiträge an Produzenten | 1'000'000        |
| B) 233036580 Beiträge an Produzenten | 500'000          |
| <b>Total</b>                         | <b>1'500'000</b> |

*Für das Protokoll:*

*Andrea Maurer-Rickenbach, Landeskanzlei*

\*

Nr. 1300

#### **11 2005/109**

#### **Berichte des Regierungsrates vom 12. April 2005 und der Finanzkommission vom 6. Juni 2005: Umwandlung von Dotationskapital der Basellandschaftlichen Kantonalbank in Kantonalbank-Zertifikate**

Kommissionspräsident **Marc Joset** erklärt, der Erlös aus der Umwandlung von Dotations- in Zertifikatskapital soll zur Finanzierung von Investitionsprojekten mit regionaler Bedeutung in einen Fonds eingelegt werden. Die Finanzkommission diskutierte die aktuelle Vorlage eingehend, auch mit Vertreterinnen und Vertretern der Geschäftsleitung der Kantonalbank und des Bankrates. Dabei war es der Kommission wichtig, dass das Grundkapital der Kantonalbank unverändert bleibt, alle gesetzlichen Vorgaben eingehalten werden und dass der Kanton weiterhin das gesamte Stimmrecht ausüben kann. Die Kommission zeigte sich grundsätzlich damit einverstanden, aus dem Fonds beispielsweise einen UKBB-Neubau zu finanzieren, jedoch soll dies noch nicht mit der jetzigen Vorlage beschlossen werden.

Die Finanzkommission beantragt dem Landrat mit 10:3 Stimmen, der Umwandlung von Dotationskapital in Zertifikatskapital zuzustimmen. Der Erlös soll dem Fonds für Investitionen mit regionaler Bedeutung zugewiesen werden und zudem stimmt die Kommission einem neuen Dekret über die Festsetzung des Zertifikats- und Dotationskapitals der Basellandschaftlichen Kantonalbank zu (10:2 Stimmen bei einer Enthaltung).

**Eva Chappuis** informiert, die SP-Fraktion lehne die Umwandlung von Dotations- in Zertifikatskapital der Kantonalbank ab, und zwar aus mehreren Gründen. Es sei überhaupt nicht angezeigt, im Moment die stillsten Re-

serven des Kantons zu aktivieren, zu verscherbeln und umzusetzen. Diese können ruhig dort belassen werden, wo sie jetzt sind, damit künftige Generationen darüber verfügen können. Von den Goldreserven der Nationalbank fliesst im Moment wöchentlich Geld in den Kanton und es bestehen daher keine Liquiditätsprobleme. Es ist nicht notwendig, zum jetzigen Zeitpunkt Geld auf den Markt zu werfen. Schliesslich ist es auch unnötig, Volksvermögen in privates Vermögen umzuwandeln und damit Privaten die Möglichkeit zu geben, an der Kantonalbank zu verdienen. Dieses Geld könne nach wie vor in der Staatsrechnung gebraucht werden.

**Hans-Jürgen Ringgenberg** spricht zwar als Fraktions-sprecher, jedoch für eine Minderheit der SVP-Fraktion. Gesunde Finanzen seien unbestritten oberstes Gebot für unseren Kanton. In Anbetracht der bestehenden Vorhaben sei es richtig, dass sich der Regierungsrat Gedanken über die Finanzierung der anstehenden Projekte macht und sich vor allem auch ein flexibles und relativ schnelles Handeln schafft. Für die SVP-Fraktion stelle es klar keine Option dar, das Nationalbankgold anzutasten. Ebenso wenig sollen die Schulden oder Steuern erhöht werden. Am besten wäre es, die Finanzen so ins Lot zu bringen, dass die Vorhaben aus der laufenden Rechnung finanziert werden könnten, Einnahmen und Ausgaben also im Lot wären oder sogar Überschüsse erwirtschaftet würden. Dass dies nicht der Fall ist, sollte bekannt sein. Deshalb scheiden sich auch beim vorliegenden Geschäft die Geister.

Eine kleine Minderheit der SVP-Fraktion ist der Meinung, dass die Kantonsfinanzen in absehbarer Zeit nicht so ins Lot gebracht werden können, dass alle Vorhaben (v.a. UKBB) realisiert werden könnten. Die Umwandlung von Dotationskapital in Zertifikatskapital und der schrittweise Verkauf zu einem guten Kurs sowie die Überführung in den Fonds "Erlös aus Verkauf von Kantonalbank-Zertifikaten" stellt für die SVP-Minderheit einen gangbaren Weg dar. Es werden zwar gewisse Aktiven verkauft, jedoch geht es zu einem grossen Teil um eine Gewinn-Realisierung, weshalb nicht von Verscherbeln des Tafelsilbers gesprochen werden könne. Viele Private würden ebenfalls eher Aktien verkaufen, um zu Geld zu kommen, anstatt bei der Bank einen Kredit aufzunehmen.

Das Vorhandensein von so genannten stillen Reserven nützt nichts, wenn sich andererseits der Schuldenberg laufend erhöht. Wichtig ist für Hans-Jürgen Ringgenberg die klare Definition der Zweckbestimmung (Infrastruktur-aufgaben in der Region), jedoch keine Zweckbestimmung auf ein konkretes Projekt bezogen. Das Parlament soll die Freiheit haben, von Fall zu Fall zu entscheiden. Hans-Jürgen Ringgenberg bittet den Landrat also, dem Antrag der Finanzkommission zuzustimmen.

**Anton Fritschi** stellt klar fest, die aktuelle Vorlage stehe vor dem Hintergrund von knappen Finanzen. Durch den Verkauf von zusätzlichen Zertifikaten, welche durch die Umwandlung eines Teils des Dotationskapitals generiert werden, sollen wichtige Infrastrukturen mit langfristigem Nutzen realisiert werden können. Damit werden zwec-

kgebundene Investitionen von regionalem Interesse realisiert, ohne Nettoinvestitionen anzutasten. Daher sei die geplante Transaktion ideal und genial. Ein ähnliches Vorhaben wurde bereits 1997 erfolgreich praktiziert.

Die Vorlage selbst beinhaltet zwei Aspekte: Es geht um eine Kapitaltransaktion und die Problematik der Börsenaufsicht. § 71 des Börsengesetzes ist erfüllt und die schweizerische Börsenaufsicht wurde trotz einer Panne beim Versand rechtzeitig informiert. Weiter geht es darum, welche Projekte mit dem Erlös realisiert werden können. Diese Frage stellt sich heute jedoch noch nicht, denn das Geld fliesst vorerst in einen bereits bestehenden Fonds und über die Verwendung für künftige Infrastrukturprojekte muss dannzumal der Landrat auf Antrag der Regierung beschliessen.

Die FDP beurteilt den vorgeschlagenen Ablauf der Kapitaltransaktion und das gesamte vorliegende Geschäft als mehr als nur zweckmässig, weil die Umwandlung weder eine Erhöhung des Eigenkapitals noch eine Veränderung der Stimmrechte zur Folge hat. Die Stimmrechte bleiben zu 100 % beim Kanton. Es geht um eine Umschichtung innerhalb des Eigenkapitals, welches 240 Mio. CHF beträgt und so bleibt. Damit sinkt die Beteiligung des Kantons von 75 auf 66,7 % resp. von 180 auf 160 Mio. Franken. Der Anteil des Zertifikatskapitals am Dotationskapital steigt andererseits von 33,3 auf 50 %. Die Vorgabe gemäss Kantonalbankengesetz, dass das Zertifikatskapital höchstens die Hälfte des Dotationskapitals betragen darf, wird mit der geplanten Transaktion eingehalten und es findet weder bezüglich Unternehmungssubstanz noch bezüglich Gewinn eine Verwässerung und somit keine Verscherbelung von Volksvermögen statt. Die Nachfrage nach Zertifikaten übersteigt heute das Angebot bei Weitem und damit kann das Volk in unserem Kanton an einem florierenden Unternehmen teilhaben.

Beim geplanten Vorhaben werden die gesetzlichen Vorschriften eingehalten und die eigentliche Emission des neuen Zertifikatskapitals fällt in die Kompetenz des Bankrates. Die Bank wird darauf achten, dass der Kurs der Zertifikate gepflegt wird. Die Abwicklung der geplanten Transaktion wird sich über mehrere Jahre erstrecken und die Platzierung der Zertifikate soll zu einem möglichst hohen Preis erfolgen. Aus all den genannten Gründen beantragt die FDP-Fraktion dem Landrat, der aktuellen Vorlage zuzustimmen.

**Eugen Tanner** führt aus, die aktuelle Vorlage stehe im Zusammenhang mit der Realisierung und vor allem Finanzierung von Investitionen in wichtige Projekte von regionaler Bedeutung, welche letztlich dazu beitragen, die Standortattraktivität unserer Region zu verbessern. Aus der Vergangenheit ist die ungenügende Finanzierung von Investitionen bekannt und auch in Zukunft werden Investitionen nicht in genügendem Mass selbst finanziert werden können. Diejenigen Personen, welche dies nicht wahrhaben wollen, sind der Ansicht, die aktuelle Vorlage sei abzulehnen. Eine andere Lösung haben sie jedoch nicht vorzuschlagen, sie wollen das Gold aus Bern zweimal ausgeben, was nicht möglich ist.

Der mit der Vorlage eingeschlagene Weg erscheint der CVP/EVP-Fraktion nicht nur kreativ, sondern auch clever und elegant. Sie stimmt der Umwandlung von Dotations- in Zertifikatskapital daher zu.

**Isaac Reber** betont, das Prinzip der Nachhaltigkeit gelte für die Grünen auch im Bereich der Finanzen. Der Anteil des Kantons Basel-Landschaft an der Kantonalbank in Form von Dotationskapital betrage heute 75 %, was einem materiellen Gegenwert von rund 1,6 Mia. Franken entspreche. Bei der beantragten Umwandlung von 9 % des Dotationskapitals in veräusserbares Zertifikatskapital werden 200 Mio. Franken freigemacht. Genau darin liegt die Gefahr und auch der Grund der Ablehnung der Vorlage durch die Grünen.

Mit der gemäss Vorlage vorgesehenen Einlage von 200 Mio. Franken in einen speziellen Fonds sollen vermehrt Investitionen in Infrastrukturen möglich gemacht werden, beispielsweise die Finanzierung des UKBB-Anteils ausserhalb des Investitionsplafonds von 150 Mio. Franken, welchen sich der Kanton in weiser Voraussicht auferlegt hat. Mit derartigen Sonderfinanzierungen wird innerhalb des Investitionsplafonds Platz frei gemacht für die Finanzierung der rund 300 Mio. Franken, welche die H2 den Kanton kosten wird. Dies, obwohl die Variante eines vierspurigen Ausbaus der Rheinstrasse heute faktisch vollendet ist und für weit unter 100 Mio. Franken vollendet werden könnte.

Als besonders gravierend erscheint den Grünen, dass Basel-Landschaft seit vielen Jahren konstant nicht in der Lage ist, schon nur Investitionen in der Höhe von 150 Mio. Franken zu finanzieren. In den letzten 15 Jahren konnten jährlich 110 bis 120 Mio. Franken selbst finanziert werden, die restlichen 30 bis 40 Mio. Franken bedeuteten jeweils eine Neuverschuldung. Vor diesem Hintergrund die Investitionen durch Vermögensabbau noch aufzublähen, halten die Grünen für unverantwortlich. Dies umso mehr, weil bekanntlich jede Investition auch neuen Sach- und Personalaufwand zu Lasten der künftigen laufenden Rechnung generiert. Aus diesem Grund sei der vorliegende Buchhaltertrick auch nicht so genial, wie Anton Fritschi dies schilderte.

Das künstliche Aufblähen der Investitionen wirft im Übrigen ein sehr schräges Licht auf die viel geäusserte Sparrhetorik der bürgerlichen Parteien im Zusammenhang mit GAP oder der Verwendung des Nationalbankgoldes. Isaac Reber selbst unterstützt die Verwendung des Nationalbankgoldes zum Schuldenabbau, jedoch wird eine solche Haltung extrem karikiert, wenn andererseits das Portemonnaie gleichzeitig wieder geöffnet wird, wie dies in der Vorlage vorgesehen ist und von den Grünen abgelehnt wird.

**Helen Wegmüller** spricht für denjenigen Teil der SVP-Fraktion, welcher die Vorlage ablehnt. Ihrer Meinung nach handle es sich um ein zweiseitiges Geschäft, denn man sollte die Mittel des Staates nicht stetig erhöhen. Je mehr Mittel verfügbar sind, umso mehr wird auch ausgegeben und auch die Begehren steigen gleichzeitig an. Die

vorhandenen Gelder sollten für die unbedingt notwendigen Kernaufgaben des Staates eingesetzt werden und nicht für "Nice to have"-Anliegen, um für künftige Aufgaben genügend Kapital zur Verfügung zu haben. Auch eine Privatperson werde nur in Notfällen ihr Erspartes antasten.

Ein Teil der SVP-Fraktion will nicht, dass das hier diskutierte Vermögen zur Zeit beansprucht wird. Die Kantonsfinanzen sollen mit Hilfe von wohlüberlegten Ausgaben, GAP und Sparmassnahmen sowie mit Hilfe der Schuldenbremse ins Lot gebracht werden. Auch künftige Generationen sollen das Vermögen bei Bedarf noch in Anspruch nehmen können.

Regierungspräsident **Adrian Ballmerhoff**, der Landrat sei nicht zu faul, sich zu bücken und das mitzunehmen, was sehr einfach mitgenommen werden könne. Er ruft in Erinnerung, dass das Grundkapital nicht verändert werde, es werde nur von Dotations- zu Zertifikatskapital umgeschichtet. Mittel- und längerfristig könne der Landrat zweckgebunden für regionale Infrastruktur darüber verfügen, ohne dass die 150 Mio. Nettoinvestitionsgrenze belastet werde. Am Anfang stehe immer die Frage, ob eine Investition nötig sei. Adrian Ballmer erinnert jedoch an den erheblichen Investitionsstau in unserem Kanton. Nach der Frage des Bedarfs einer Investition folge immer die Frage der Finanzierung, vor welcher man die Augen nicht verschliessen dürfe. Von einer Verscherbelung des Tafelsilbers könne nicht gesprochen werden, denn die Kantonalbank gehöre weiterhin zu 100 % dem Kanton.

Das Dotationskapital bringe heute (im Gegensatz zu Zertifikatskapital) keine Rendite. Mit der Vorlage soll nun der immobile Anteil des Kapitals in einen verkehrsfähigen Anteil umgeschichtet werden, um die Mittel später zweckgebunden für notwendige Investitionen verwenden zu können. Ausgaben erfolgen nur auf Beschluss des Landrates, und zwar für regionale Infrastruktur. Wichtig sei selbstverständlich, dass das Geld nicht einfach ausgegeben werde, nur weil es in einem Fonds vorhanden sei, sondern für Investitionen, welche für unseren Standort notwendig sind. Das Geld wird also nur für Investitionen und nicht für den Konsum ausgegeben.

Mit der vorgeschlagenen Lösung kann die Investitionsrechnung entlastet und als nächstes grosses Projekt beispielsweise das UKBB finanziert werden, ohne neue Schulden machen zu müssen. Sonst würde das UKBB, von dessen Bewilligung Adrian Ballmer ausgeht, entweder über ein zusätzliches Finanzierungsdefizit bezahlt oder der Deckel von 150 Mio. Franken für Nettoinvestitionen würde über eine gewisse Zeit beibehalten. Die vorgeschlagene Lösung mit dem zusätzlichen Eigenkapital hält Adrian Ballmer für sehr kreativ und genial von denjenigen Personen, welche dies in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre entwickelten. Sie bedeutet keine zusätzliche Neuverschuldung, keine zusätzlichen Abschreibungen für die laufende Rechnung. Würde das UKBB über ein zusätzliches Finanzierungsdefizit "finanziert", käme der Schuldenabbau aus dem Nationalbankgold einer Farce gleich.

Der Antrag auf Umwandlung von Dotations- in Zertifikatskapitel wurde heute gestellt, weil Zeit notwendig ist, um das Ausüben von Druck auf den Börsenkurs zu verhindern und um das herauszuholen, was man sich heute vorstellt. Diesbezüglich ist Adrian Ballmer sehr zuversichtlich, denn die BLKB habe sich in den letzten Jahren sehr gut entwickelt und die Ertragsaussichten für die Zukunft seien ebenfalls gut. Deshalb bestehe auch ein Bedarf an Zertifikaten. Adrian Ballmer erachtet es als ausgesprochen positiv, dem Baselbieter Volk und unseren Institutionen die Möglichkeit zu geben, sich an ihrer Bank zu beteiligen. Die SP müsste das bei den Baselbietern breit gestreute Kapital der BLKB als positiv betrachten.

Bereits im Jahr 1997 gelang es sehr gut, die Zertifikate nicht unter Zeitdruck, sondern so, wie sie vom Markt absorbiert werden konnten, zu verkaufen. Seit 1997 stieg der Kurs der Kantonalbank-Zertifikate erheblich an. Man könne davon ausgehen, dass sich dies weiter so entwickeln werde, weshalb Adrian Ballmer den Landrat dringend bittet, den Anträgen der Finanzkommission zuzustimmen.

**Daniela Schneeberger** lässt somit über die Anträge Seite 2 des Berichts der Finanzkommission abstimmen.

://: Antrag 1 wird mit 41:38 Stimmen zugestimmt. Damit wird 20 Mio. Franken Dotationskapital der Basellandschaftlichen Kantonalbank in 20 Mio. Franken Zertifikatskapital zum Nominalwert umgewandelt.

://: Antrag 2 wird mit 42:36 Stimmen verabschiedet. Der Erlös aus dem Verkauf der Zertifikate wird somit zweckgebunden zur Finanzierung von Investitionen mit regionaler Bedeutung in den Fonds 8010 "Erlös aus Verkauf von Kantonalbank-Zertifikaten" eingelegt.

*Detailberatung Dekret über die Festsetzung des Zertifikats- und Dotationskapitals der Basellandschaftlichen Kantonalbank*

*Titel und Ingress* keine Wortbegehren

§§ 1 – 3 keine Wortbegehren

://: Dem Dekret (Antrag 3) wird mit 41:38 Stimmen zugestimmt.

### **Dekret über die Festsetzung des Zertifikats- und Dotationskapitals der Basellandschaftlichen Kantonalbank**

vom 23. Juni 2005

*Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft, gestützt auf § 5 Absatz 4 des Kantonalbankgesetzes vom 24. Juni 2004 beschliesst:*

**§ 1 Festsetzung des Zertifikats- und Dotationskapitals**  
<sup>1</sup> Das Zertifikatskapital der Basellandschaftlichen Kantonalbank wird um 20 Millionen erhöht und beträgt neu 80 Millionen Franken. Das Dotationskapital der Basellandschaftlichen Kantonalbank reduziert sich dadurch auf 160

Millionen Franken.

### **§ 2 Aufhebung bisherigen Rechts**

*Die Verordnung über die Festsetzung des Zertifikatskapitals und die Erhöhung des Grundkapitals der Basellandschaftlichen Kantonalbank vom 9. Dezember 1985 wird aufgehoben.*

### **§ 3 Inkrafttreten**

*Der Regierungsrat beschliesst das Inkrafttreten.*

*Für das Protokoll:*

*Andrea Maurer-Rickenbach, Landeskanzlei*

\*

Nr. 1301

### **6 Wahl von 5 Mitgliedern des Büros des Landrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2005 bis 30. Juni 2006**

Landratspräsidentin **Daniela Schneeberger** bittet um die Nominierungen seitens der Fraktionen.

**Ruedi Brassel** hält fest, dass von der SP-Fraktion bereits Eric Nussbaumer im Büro Einsitz nehmen wird. Die Fraktion nominiert zudem Heinz Aebi.

**Jörg Krähenbühler**klärt, dass die SVP-Fraktion Urs Hess, bisher, und Helen Wegmüller, neu, nominiert.

**Paul Schär** nominiert namens der FDP-Fraktion Toni Fritschi, bisher, sowie Hanspeter Frey, neu.

://: Der Landrat wählt die Nominierten in stiller Wahl. Gewählt sind somit: Heinz Aebi, Urs Hess, Helen Wegmüller, Toni Fritschi und Hanspeter Frey.

Die **Landratspräsidentin** gratuliert den Gewählten herzlich und wünscht ihnen viel Erfolg.

[Applaus]

*Für das Protokoll:*

*Seline Keiser, Landeskanzlei*

\*

Nr. 1302

### **7 Ersatzwahl eines Mitglieds der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission anstelle der verstorbenen Claudia Piatti**

**Jörg Krähenbühl** erklärt, dass die SVP-Fraktion Aldo Piatti zur Wahl als Mitglied der Volkswirtschafts- und

Gesundheitskommission vorschlägt.

*Titel und Ingress*

Keine Wortbegehren

://: Aldo Piatti wird in stiller Wahl gewählt.

*Ziffer 1*

Keine Wortbegehren

Landratspräsidentin **Daniela Schneeberger** gratuliert Aldo Piatti herzlich zur Wahl und wünscht ihm alles Gute.

*Ziffer 2*

Keine Wortbegehren

[Applaus]

://: Der Landrat stimmt dem Landratsbeschluss, wie er im Entwurf vorliegt, zu.

*Für das Protokoll:*

*Seline Keiser, Landeskanzlei*

\*

Nr. 1303

## 12 2005/092

### **Berichte des Regierungsrates vom 5. April 2005 und der Bau- und Planungskommission vom 19. Mai 2005: Übertragung der Liegenschaft Parzelle Nr. 2815, Grundbuch Münchenstein, Schul- und Werkstattgebäude Gutenbergstrasse Nr. 8 vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen**

Kommissionspräsident **Peter Holinger** führt aus, dass es um den Verkauf einer Liegenschaft des Kantons geht. Dieser Verkauf würde zu Einnahmen in der Höhe von rund 2 Mio. Franken führen.

Vor kurzem bewilligte der Landrat die Umwidmung der Werkhöfe Böckten und Niederdorf. Eine Umwidmung ist nötig, damit die Regierung eine Liegenschaft überhaupt verkaufen kann. Im Gebäude in Münchenstein, um welches es im konkreten Geschäft geht, war vormals die Vorlehre Metall untergebracht. Es handelt sich um ein Schul- und Werkstattgebäude, das nicht mehr genutzt wird, weshalb der Kanton es verkaufen könnte.

Beruhigend könne gesagt werden, dass der Kanton noch sehr viele Liegenschaften (Häuser, Schlösser und auch Land) habe.

Die Bau- und Planungskommission empfiehlt dem Landrat einstimmig, der Umwidmung zuzustimmen.

**Jürg Degen** hat den Ausführungen des Kommissionspräsidenten nichts mehr hinzuzufügen. Die SP-Fraktion stimmt dem Geschäft einstimmig zu.

**Gerhard Hasler** erklärt namens der SVP-Fraktion Zustimmung zu diesem Geschäft.

**Hanspeter Frey** erklärt, dass auch die FDP-Fraktion diesem Geschäft zustimmt.

Auch die CVP/EVP-Fraktion stimmt dem Geschäft zu, teilt **Peter Zwick** mit.

Landratspräsidentin **Daniela Schneeberger** stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist.

Sie geht zur Detailberatung des Landratsbeschlusses, wie er im Entwurf in der Regierungsvorlage vorliegt, über.

### **Landratsbeschluss**

#### **über die Übertragung der Liegenschaft Parzelle Nr. 2815 in Münchenstein vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen**

*vom 23. Juni 2005*

*Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst folgende Liegenschaft vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen zu übertragen:*

- 1. Parzelle Nr. 2815, haltend 24 a 00 m<sup>2</sup>, mit Schul- und Werkstattgebäude an der Gutenbergstrasse 8 in Münchenstein zum Restbuchwert von Fr. 92'855.96.*
- 2. Der Verkaufserlös ist dem Konto 2391.424.00 Liegenschaftsverkäufe gutzuschreiben.*

*Für das Protokoll:*

*Seline Keiser, Landeskanzlei*

\*

Nr. 1304

## 13 2005/077

### **Berichte des Regierungsrates vom 8. März 2005 und der Personalkommission vom 23. Mai 2005: Flankierende Massnahmen bei Stellenabbau im Rahmen des Projektes Generelle Aufgabenüberprüfung (GAP). 2. Lesung**

Auf Anfrage erklärt Kommissionspräsidentin **Christine Mangold**, dass sie keine weiteren Erläuterungen anzubringen hat.

#### *2. Lesung Personalgesetz*

*Titel und Ingress*

Keine Wortbegehren

*I.*

Keine Wortbegehren

*§ 25a*

Keine Wortbegehren

*§ 76a*

Keine Wortbegehren

*II.*

Keine Wortbegehren

Die **Landratspräsidentin** bittet alle, Platz zu nehmen, damit die Stimmzähler die Anwesenheit feststellen können.

Anwesend sind 69 Landratsmitglieder. Das 4/5-Mehr ist bei 56 Stimmen erreicht.

\*

://: Der Landrat stimmt der Gesetzesänderung mit 65:0 Stimmen zu.

Das 4/5-Mehr ist damit erreicht.

### Beilage 1 (Gesetzesänderung)

#### 2. Lesung Personaldekret

Titel und Ingress Keine Wortbegehren

I. Keine Wortbegehren

§ 50<sup>bis</sup> Titel Keine Wortbegehren

§ 50<sup>bis</sup> Absätze 4 und 5 Keine Wortbegehren

§ 79 Absatz 7 Keine Wortbegehren

II. Keine Wortbegehren

://: Der Landrat stimmt der Änderung des Personaldekrets ohne Gegenstimme zu.

### Beilage 2 (Dekretsänderung)

*Landratsbeschluss betreffend Verpflichtungskredit für die Jahre 2005–2007 für die flankierenden Massnahmen im Rahmen des Projekts Generelle Aufgabenüberprüfung*

Titel und Ingress Keine Wortbegehren

Ziffer 1 Keine Wortbegehren

Ziffer 2 Keine Wortbegehren

://: Der Landrat stimmt dem Landratsbeschluss, so wie er im Entwurf vorliegt, ohne Gegenstimme zu.

**Landratsbeschluss betreffend Verpflichtungskredit für die Jahre 2005–2007 für die flankierenden Massnahmen im Rahmen des Projekts Generelle Aufgabenüberprüfung**

vom 23. Juni 2005

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. Der Verpflichtungskredit von 10.9 Millionen Franken für die flankierenden Massnahmen im Rahmen des Projekts Generelle Aufgabenüberprüfung zu Lasten von Konto-Nr. 2127 304.20 wird bewilligt.

2. Dieser Beschluss untersteht gemäss § 31 Absatz 1 Buchstabe b der Kantonsverfassung dem fakultativen Finanzreferendum.

Für das Protokoll:  
Seline Keiser, Landeskanzlei

Nr. 1305

### 14 2005/076

**Berichte des Regierungsrates vom 8. März 2005 sowie der Finanzkommission vom 23. Mai 2005, der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission vom 20. Mai 2005, der Bau- und Planungskommission vom 20. Mai 2005, der Umweltschutz- und Energiekommission vom 24. Mai 2005, der Justiz- und Polizeikommission vom 22. Mai 2005, der Erziehungs- und Kulturkommission vom 18. Mai 2005 und der Personalkommission vom 23. Mai 2005: Entlastungspaket aus der Generellen Aufgabenüberprüfung. 2. Lesungen und Behandlung der Anträge 18–23**

*Bericht der Finanzkommission*

Auf Anfrage erklärt Kommissionspräsident **Marc Joset**, dass er keine Ausführungen zu machen hat.

*Antrag 1: Finanzhaushaltsgesetz (§ 41 Abs. 5)*

#### 2. Lesung

Titel und Ingress Keine Wortbegehren

I. Keine Wortbegehren

§ 41 Absatz 5 Keine Wortbegehren

II. Keine Wortbegehren

*Schlussabstimmung*

Es sind 82 Landratsmitglieder anwesend. Das 4/5-Mehr ist bei 66 Stimmen erreicht.

://: Der Landrat stimmt dieser Gesetzesänderung mit 63:15 Stimmen zu.

Damit ist das 4/5-Mehr nicht erreicht und es kommt zu einer Volksabstimmung.

### Beilage 3 (Gesetzesänderung)

*Antrag 2: Gesetz über die Staats- und Gemeindesteuern (Steuergesetz)*

#### 2. Lesung

Titel und Ingress Keine Wortbegehren

I. Keine Wortbegehren

§ 115 Keine Wortbegehren

II. Keine Wortbegehren

**Urs Hintermann** hat nichts gegen diese Massnahme. Im Namen der Baselbieter Gemeinden möchte er jedoch noch einmal deutlich zum Ausdruck bringen und zu Protokoll geben, dass sie mit den Ausführungen im Text, wonach allfällig aus der Massnahme resultierende Mehreinnahmen als Abgeltung für die Mehraufwendungen oder die Minder-einnahmen der Gemeinden akzeptiert werden, nicht einverstanden sind. Sie sind nicht damit einverstanden und sie werden einen Ausgleich dieser Mehrbelastungen verlangen.

Regierungspräsident **Adrian Ballmer** hat dazu zwei Bemerkungen:

Zum einen geht er davon aus, dass der Landrat die Vertretung des Kantons ist.

Zum anderen werde mit den Gemeinden insgesamt über die Aufgabenteilung und den Finanzausgleich verhandelt. Das sei bereits eingeleitet.

**Hans-Jürgen Ringgenberg** möchte zuhänden des Protokolls klar festhalten, dass die Zustimmung der SVP-Fraktion mit der Erwartung verbunden ist, dass die Einführung dieser Lohnmeldepflicht keinen Personalausbau mit sich bringen wird.

#### *Schlussabstimmung*

Anwesend sind 85 Landratsmitglieder. Das 4/5-Mehr ist bei 68 Stimmen erreicht.

://: Der Landrat stimmt der Gesetzesänderung mit 82:1 Stimmen zu.

Damit ist das 4/5-Mehr erreicht.

#### **Beilage 4 (Gesetzesänderung)**

*Antrag 18 betreffend die Motion 2002/033 von Urs Baumann: Vermeidung von unliebsamen Überraschungen bei Institutionen mit Globalbudget*

Die **Landratspräsidentin** stellt fest, dass die Finanzkommission die Abschreibung des Vorstosses beantragt.

Die von Urs Baumann 2002 eingereichte Motion spricht **Sabine Stöcklin** in der jetzigen Phase, in der für die Spitäler Globalbudgets beschlossen wurden, völlig aus dem Herzen. Sie zitiert den Titel "Vermeidung von unliebsamen Überraschungen bei Institutionen mit Globalbudget" und erinnert an die gestrige Diskussion.

Die SP-Fraktion beantragt, diese wichtige Motion stehen zu lassen, weil es beim Transfer der Spitalfinanzierung hin zum Globalbudget noch mehr Sicherheiten brauche, als es bislang gebe.

://: Der Landrat beschliesst mit 36:35 Stimmen, die Motion 2002/033 nicht abzuschreiben.

*Antrag 21 betreffend das Postulat 2003/152 von Uwe Klein: Halbierung der bürokratischen Lasten*

**Daniela Schneeberger** erklärt, dass die Finanzkommission Abschreibung des Postulates beantragt.

Kommissionspräsident **Marc Joset** stellt fest, dass es sich beim Anliegen des Postulanten eigentlich um eine Daueraufgabe handelt. Man könne deshalb durchaus geteilter Meinung sein. Wenn man es jedoch ernst meine mit dem Abbau der bürokratischen Lasten, müsste das Postulat jetzt abgeschrieben werden.

://: Der Landrat stimmt dem Antrag der Finanzkommission auf Abschreibung des Postulates 2003/152 zu.

#### *Bericht der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission*

Auf Anfrage erklärt Kommissionspräsidentin **Rita Bachmann**, dass sie keine weiteren Erläuterungen anzubringen hat.

*Antrag 3: Gesetz über die Sozial-, die Jugend- und die Behindertenhilfe (Sozialhilfegesetz)*

#### *2. Lesung*

|                   |                    |
|-------------------|--------------------|
| Titel und Ingress | Keine Wortbegehren |
| I.                | Keine Wortbegehren |
| § 25 Absatz 4     | Keine Wortbegehren |
| § 33 Absatz 3     | Keine Wortbegehren |
| II.               | Keine Wortbegehren |

#### *Schlussabstimmung*

Es sind 83 Landratsmitglieder anwesend. Das 4/5-Mehr ist bei 67 Stimmen erreicht.

://: Der Landrat stimmt der Gesetzesänderung mit 75:3 Stimmen zu.

Damit ist das 4/5-Mehr erreicht.

#### **Beilage 5 (Gesetzesänderung)**

*Antrag 4: Dekret über den Prozentanteil am massgebenden Jahreseinkommen für die Prämienverbilligung*

#### *2. Lesung*

|                   |                    |
|-------------------|--------------------|
| Titel und Ingress | Keine Wortbegehren |
| I.                | Keine Wortbegehren |
| § 1               | Keine Wortbegehren |

II. Keine Wortbegehren

### Schlussabstimmung

://: Der Landrat stimmt der Dekretsänderung mit 47:34 Stimmen zu.

### Beilage 6 (Dekretsänderung)

Antrag 5: Finanzhaushaltsgesetz (§ 30a Globalbudget)

#### 2. Lesung

Titel und Ingress

**Ruedi Brassel** möchte nach der gestrigen langen Diskussion über diesen Antrag von der Regierung wissen, wie diese, falls es zur Volksabstimmung kommt, gedenkt, diese Vorlage dem Volk vorzulegen. Soll das ebenfalls in der knappen Form von 903 Zeichen geschehen oder ist die Regierung gewillt, das Volk etwas ausführlicher zu informieren? Falls die Regierung gewillt sei, das zu tun, wolle er zudem wissen, wieso der Landrat nicht mit mehr Informationen bedient worden sei.

RR **Adrian Ballmer** hält fest, dass sie dem bestehenden Auftrag, die Bürokratie zu vermindern, selbstverständlich nachkommen, was wiederum bedeute, dass sie versuchen werden, dem Volk genau so viel zu sagen, dass es diesem möglich sei, zu entscheiden. Beim Landrat seien sie davon ausgegangen, dass dieser etwas mehr Fachkompetenz im Budgetrecht habe. Diesbezüglich hätten sie aber zu viel vorausgesetzt, wie er bereits gestern ausgeführt habe.

I. Keine Wortbegehren

§ 30a Keine Wortbegehren

II. Keine Wortbegehren

### Schlussabstimmung

Die SP-Fraktion verlangt eine namentliche Abstimmung.

*Der Gesetzesänderung stimmen zu:*

Romy Anderegg, Elisabeth Augstburger, Rita Bachmann, Rosmarie Brunner, Daniele Ceccarelli, Ivo Corvini, Thomas de Courten, Remo Franz, Hanspeter Frey, Toni Fritschi, Bea Fünfschilling, Fredy Gerber, Eva Gutzwiller, Hildy Haas, Urs Hammel, Gerhard Hasler, Urs Hess, Peter Holinger, Hans Jermann, Paul Jordi, Thomi Jourdan, Rudolf Keller, Jörg Krähenbühl, Sylvia Liechti, Christine Mangold, Juliana Nufer, Aldo Piatti, Rolf Richterich, Hans-Jürgen Ringgenberg, Paul Rohrbach, Hanspeter Ryser, Patrick Schäfli, Paul Schär, Dieter Schenk, Daniela Schneeberger, Elisabeth Schneider, Agathe Schuler, Thomas Schulte, Jacqueline Simonet, Bruno Steiger, Eugen Tanner, Georges Thüring, Judith Van der Merwe, Dieter Völlmin, Helen Wegmüller, Karl Willimann, Hansruedi Wirz, Hans-Peter Wullschlegler, Matthias Zoller, Peter Zwick

*Gegen die Gesetzesänderung stimmen:*

Simone Abt, Heinz Aebi, Kaspar Birkhäuser, Ruedi Brasel, Florence Brenzikofer, Eva Chappuis, Jürg Degen, Beatrice Fuchs, Madeleine Göschke, Jacqueline Halder, Andreas Helfenstein, Franz Hilber, Urs Hintermann, Hanni Huggel, Ursula Jäggi, Marc Joset, Peter Küng, Esther Maag, Annemarie Marbet, Regula Meschberger, Etienne Morel, Daniel Münger, Eric Nussbaumer, Isaac Reber, Christoph Rudin, Martin Rüegg, Elsbeth Schmied, Philipp Schoch, Hannes Schweizer, Sabine Stöcklin, Paul Svoboda, Jürg Wiedemann, Röbi Ziegler

*Der Stimme enthält sich:*

Margrit Blatter

Landratspräsidentin **Daniela Schneeberger** merkt an, dass das eine ganz spezielle namentliche Abstimmung war, nämlich wohl die letzte.

://: Der Landrat stimmt der Gesetzesänderung mit 50:33 Stimmen bei einer Enthaltung zu.

Damit ist das 4/5-Mehr (68) nicht erreicht und es kommt zu einer Volksabstimmung.

### Beilage 7 (Gesetzesänderung)

Antrag 6: Landwirtschaftsgesetz Basel-Landschaft (LG BL)

#### 2. Lesung

Titel und Ingress Keine Wortbegehren

I. Keine Wortbegehren

§ 2 Absatz 2 Keine Wortbegehren

§ 24 Keine Wortbegehren

II. Keine Wortbegehren

### Schlussabstimmung

Es sind 84 Landratsmitglieder anwesend. Das 4/5-Mehr ist bei 68 Stimmen erreicht.

://: Der Landrat stimmt der Gesetzesänderung mit 59:19 Stimmen zu.

Damit ist das 4/5-Mehr nicht erreicht und es kommt zu einer Volksabstimmung.

### Beilage 8 (Gesetzesänderung)

Antrag 9: Dekret über die Kostentragung der amtlichen Vermessung

#### 2. Lesung

Titel und Ingress Keine Wortbegehren

I. Keine Wortbegehren

§ 3 Absatz 1 Keine Wortbegehren

II. Keine Wortbegehren

### Schlussabstimmung

://: Der Landrat stimmt der Dekretsänderung mit 41:34 Stimmen zu.

## Beilage 9 (Dekretsänderung)

### Bericht der Umweltschutz- und Energiekommission

Kommissionspräsident **Philipp Schoch** hat keine Anmerkungen zu machen.

### Antrag 11: Gesetz über den Gewässerschutz

#### 2. Lesung

Titel und Ingress Keine Wortbegehren

I. Keine Wortbegehren

§ 12 Absätze 1 und 2

**Patrick Schäfli** beantragt namens der FDP-Fraktion, entsprechend ihrem gestrigen Antrag, die Ablehnung der Änderung im § 12 des Gewässerschutzgesetzes betreffend die Überwälzung der Gebühren auf die Gemeinden bzw. die AbwasserbezügerInnen. Die FDP-Fraktion ist gegen diese Abgabenerhöhung.

Die FDP-Fraktion unterstützt jedoch die Aufhebung der Beiträge an private Abwasserreinigungsanlagen (§ 15).

Die **Landratspräsidentin** lässt über den Antrag der UEK, welche Zustimmung zur Änderung von § 12 empfiehlt, abstimmen.

://: Der Landrat stimmt mit 45:34 Stimmen dem Antrag der UEK auf Änderung des § 12 Absätze 1 und 2 zu.

§ 15

Landratspräsidentin **Daniela Schneeberger** erinnert an den gestern gefassten Beschluss betreffend § 15 des Gewässerschutzgesetzes.

II. Keine Wortbegehren

### Schlussabstimmung

**Röbi Ziegler** fragt, über was genau in der Schlussabstimmung nun abgestimmt wird.

Die **Landratspräsidentin** erklärt, dass über die Änderung des Gewässerschutzgesetzes, so wie der Landrat sie an der gestrigen Sitzung beschlossen hat, abgestimmt wird. Der Landrat hat gestern gemäss den beiden Beschlüssen

der UEK beschlossen.

**Röbi Ziegler** interpretiert das gegenwärtige Gemurmel so, dass für andere ebenfalls nicht ganz klar ist, um was es geht. So wie er es versteht, wird nun über zwei Punkte abgestimmt. Zum einen geht es darum, dass die Vollzugskosten im Gewässerschutz den Kläranlagenbetreibern überbunden werden sollen. Weiter bedeutet eine Zustimmung in der Schlussabstimmung, dass die Beiträge an lokale Kleinkläranlagen ausserhalb der Netze nicht mehr bezahlt werden. Er fragt, ob das der Inhalt der Schlussabstimmung ist.

Kommissionspräsident **Philipp Schoch** versucht zu klären. Die Kommission möchte mit einer Mehrheit von 4:3 Stimmen, dass die Kleinkläranlagen weiterhin unterstützt werden. Sie will diese Beiträge beibehalten. Es soll nun über diesen Kommissionsantrag abgestimmt werden. Wer die Kommission unterstützen wolle, müsse nun Ja stimmen. Wer die Beiträge streichen wolle, müsse Nein stimmen.

**Eric Nussbaumer** empfiehlt, die GAP-Regierungsvorlage auf S. 16 des Anhangs aufzuschlagen. Dort findet sich ein Antrag zu § 12 und einer zu § 15. Kommission und Landrat sind dem Antrag der Regierung zu § 12 gefolgt, denjenigen zu § 15 lehnten sie ab. Es geht nun darum zu entscheiden, ob die Änderung von § 12 angenommen werden soll und ob § 15 aufgehoben werden soll. An der gestrigen Sitzung hat der Landrat beschlossen, dass § 15 nicht aufgehoben werden soll.

Aufgrund der allgemein herrschenden Unklarheit entscheidet Landratspräsidentin **Daniela Schneeberger**, eine Detailberatung gemäss S. 16 des Anhangs der Regierungsvorlage, Gesetz über den Gewässerschutz, zu machen.

### 2. Lesung anhand der Regierungsvorlage

Titel und Ingress Keine Wortbegehren

I. Keine Wortbegehren

§ 12 Absätze 1 und 2 Keine Wortbegehren

Abschnittstitel vor § 15 sowie § 15 Keine Wortbegehren

II. Keine Wortbegehren

### Rückkommen

**Peter Küng-Trüssel** stellt ein Rückkommensantrag zu § 15. Er stellt den Antrag, § 15 nicht aufzuheben.

://: Der Landrat stimmt dem Antrag von Peter Küng, § 15 nicht aufzuheben, mit 44:34 Stimmen zu.

### Schlussabstimmung

Die **Landratspräsidentin** lässt die Anwesenheit fest-

stellen.

Es sind 84 Landratsmitglieder anwesend. Das 4/5-Mehr ist bei 68 Stimmen erreicht.

://: Der Landrat stimmt mit 48:32 Stimmen der Gesetzesänderung, so wie sie von der Kommission beantragt wurde, zu.

Damit ist das 4/5-Mehr nicht erreicht und es kommt zu einer Volksabstimmung.

### Beilage 10 (Gesetzesänderung)

#### Bericht der Justiz- und Polizeikommission

Auf Anfrage erklärt Kommissionspräsidentin **Regula Meschberger**, dass sie keine Anmerkungen zu machen hat.

#### Antrag 12: Gesetz über die Jugendstrafrechtspflege

##### 2. Lesung

Titel und Ingress Keine Wortbegehren

I. Keine Wortbegehren

§ 73 Keine Wortbegehren

§ 74 Keine Wortbegehren

II. Keine Wortbegehren

#### Schlussabstimmung

Es sind 83 Landratsmitglieder anwesend. Das 4/5-Mehr ist bei 67 Stimmen erreicht.

://: Der Landrat stimmt der Gesetzesänderung mit 81:0 Stimmen zu.

Damit ist das 4/5-Mehr erreicht.

### Beilage 11 (Gesetzesänderung)

#### Antrag 15: Gesetz betreffend die Strafprozessordnung (StPO), §§ 3, 7, 174

##### 2. Lesung

Titel und Ingress Keine Wortbegehren

I. Keine Wortbegehren

§ 3 Absatz 4 Buchstabe a Keine Wortbegehren

§ 7 Buchstabe b Keine Wortbegehren

§ 174 Absatz 3 Keine Wortbegehren

II. Keine Wortbegehren

#### Schlussabstimmung

Es sind 83 Landratsmitglieder anwesend. Das 4/5-Mehr ist bei 67 Stimmen erreicht.

://: Der Landrat stimmt der Gesetzesänderung mit 71:7 Stimmen zu.

Damit ist das 4/5-Mehr erreicht.

### Beilage 12 (Gesetzesänderung)

#### Bericht der Erziehungs- und Kulturkommission

Auf Anfrage erklärt Kommissionspräsident **Karl Willmann-Klaus**, dass er nicht nach vorne kommen möchte.

[Heiterkeit]

#### Antrag 14: Bildungsgesetz

##### 2. Lesung

Titel und Ingress

**Christoph Rudin** erinnert daran, dass die SP-Fraktion anlässlich der gestrigen Detailberatung mehrere Anträge stellte. Die Entscheidungen fielen zum Teil knapp aus, weshalb man die Abstimmungen heute noch einmal durchführen könnte. Allerdings glaubt die SP-Fraktion nicht daran, dass der Landrat im Schlaf von gestern auf heute bildungspolitische Schlüsselerlebnisse hatte und sie hoffen auch nicht allzu stark auf die Stimmen der Wehrmänner, welche gestern nicht anwesend waren, weil sie von der Militärdirektorin aus dem Dienst entlassen wurden. Aus diesen Gründen verzichtet die SP-Fraktion auf das Wiederholen der Anträge.

Bezüglich der Schlussabstimmung gibt es innerhalb der SP eine Minderheit und eine Mehrheit. Die Minderheit stellt sich auf den Standpunkt, die Kommission habe vorliegend einen annehmbaren Kompromiss erarbeitet. Es handle sich um zum Teil harmlose Massnahmen oder zumindest um Massnahmen, bei deren Umsetzung zu erwarten sei, dass die Auswirkungen eher harmlos seien. Christoph Rudin erwähnt in diesem Zusammenhang zum einen die Lockerung der Definition der Schulkreise, welche ermöglichen, Klassen besser zu füllen, und zum anderen die Übertragung der Lehrmittelkosten auf den Schulträger. Das seien Massnahmen, welche das Bildungsangebot im Kanton Baselland nicht wesentlich verschlechtern.

Ein paar Massnahmen bedeuten jedoch eindeutig eine Verschlechterung. Deshalb sei die Mehrheit der SP-Fraktion gegen die Gesetzesänderung. Zu den Verschlechterungen gehöre einerseits die Einführung des Trägerprinzips auch bei den schulpädagogischen Leistungen. Es bestehen schon heute lange Wartezeiten für diese Leistungen und es sei zu erwarten, dass der Druck steige und diese Leistungen zurückgefahren werden, wenn

die Gemeinden diese selber bezahlen müssen. Anders ergäbe sich gar kein Spareffekt. Eine weitere Verschlechterung betreffe die Beiträge an Privatschulen. Die SP setzt sich vor allem für eine gute Staatsschule ein. Aber 2000 Franken seien ein kleiner Beitrag, wenn man wisse, dass eine Privatschule im Jahr über 20'000 Franken verlange. Der Kompromiss eines Beitrages von 2000 Franken sei vor fünf Jahren geschaffen worden und sollte nicht bereits wieder aufgehoben werden.

Die SP-Fraktion würde eine Volksabstimmung über diese Massnahmen nicht nur begrüssen, damit das Volk mitreden könne, sondern auch damit die SP die Möglichkeit habe, ihre Nein-Parole zu artikulieren. Es werde sich nun zeigen, ob im Landrat die 4/5-Mehrheit erreicht wird.

|                         |                    |
|-------------------------|--------------------|
| I.                      | Keine Wortbegehren |
| § 15 Buchstaben d und i | Keine Wortbegehren |
| § 30 Absatz 2           | Keine Wortbegehren |
| § 42 Absatz 2           | Keine Wortbegehren |
| § 93 Absätze 1 und 2    | Keine Wortbegehren |
| § 100 Absätze 1 und 2   | Keine Wortbegehren |
| II.                     | Keine Wortbegehren |

#### *Schlussabstimmung*

Es sind 84 Landratsmitglieder anwesend. Das 4/5-Mehr ist bei 68 Stimmen erreicht.

://: Der Landrat stimmt der Gesetzesänderung mit 50:30 Stimmen zu.

Damit ist das 4/5-Mehr nicht erreicht und es kommt zu einer Volksabstimmung.

#### **Beilage 13 (Gesetzesänderung)**

##### *Bericht der Personalkommission*

Kommissionspräsidentin **Christine Mangold** hat keine Anmerkungen zu machen.

##### *Antrag 17: Dekret zum Personalgesetz (Personaldekret)*

#### *2. Lesung*

|                                     |                    |
|-------------------------------------|--------------------|
| Titel und Ingress                   | Keine Wortbegehren |
| I.                                  | Keine Wortbegehren |
| § 46 Absätze 1 und 2 <sup>bis</sup> | Keine Wortbegehren |
| § 47                                | Keine Wortbegehren |
| II.                                 | Keine Wortbegehren |

#### *Schlussabstimmung*

://: Der Landrat stimmt der Dekretsänderung mit 47:29 Stimmen zu.

#### **Beilage 14 (Dekretsänderung)**

*Antrag 19 betreffend die Motion 2002/143 von Remo Franz: Stopp der Personalvermehrung*

*Antrag 20 betreffend die Motion 2003/149 von Urs Baumann: Bewahrung des AAA-Ratings des Kantons Basel-Landschaft durch Eindämmung des stetig steigenden Personalausbaues auf der Verwaltung*

*Antrag 22 betreffend die Motion 2003/256 der SVP-Fraktion: Die Personalvermehrung in der Verwaltung muss gestoppt werden*

*Antrag 23 betreffend die Motion 2003/313 von Remo Franz: Personalstopp*

**Peter Küng-Trüssel** erklärt, dass die SP-Fraktion die Regierung unterstützt und die Abschreibung aller personalrelevanten Vorstösse befürwortet. Ihres Erachtens ist genügend gespart worden. Die Vorstösse sollen nun abgeschrieben werden.

Persönlich war Peter Küng sehr irritiert, denn er hätte, als die Vorstösse in der Personalkommission behandelt wurden, gerne ein Statement der Regierung gehört. Er wäre froh, wenn die Regierung sich nun noch dazu äussern könnte, weshalb sie für Abschreibung dieser Vorstösse ist.

**Remo Franz** nimmt Stellung zu den Anträgen 19, 20, 22 und 23, die alle das Personal betreffen.

Er möchte die generelle Frage stellen, weshalb diese Vorstösse so schnell abgeschrieben werden sollen, zumal diese in keiner Art und Weise erfüllt seien. Es geht ihm nicht um sachliche Differenzen. Denn man könne hier unabhängig von der Parteilinie ganz unterschiedlicher Meinung sein. Aber es sei ganz offensichtlich, dass die Regierung in letzter Zeit sehr rasch der Verwaltung folge, wenn es darum gehe, Vorstösse abzuschreiben.

Betrachte man, was in den vorliegenden Vorstössen verlangt werde und was in der Antwort der Regierung stehe, werde für alle absolut offensichtlich, dass die Anliegen in keiner Art und Weise erfüllt worden seien. Es liege kein Bericht vor.

Seines Erachtens wird das Parlament je länger je mehr unglaublich und es wäre klar ein falsches Signal an die Regierung aber auch an die Verwaltung, wenn der Landrat nun über diese Sache hinweggehen würde.

Er wiederholt, dass es weniger um den Inhalt der Motionen geht, sondern vielmehr darum, wie die Regierung gegenüber dem Parlament vorgeht. Er fragt sich, ob die Regierung das Parlament überhaupt noch ernst nimmt.

Er bittet die Kolleginnen und Kollegen, die Vorstösse nicht abzuschreiben.

**Thomas de Courten** äussert sich ebenfalls zu allen vier Anträgen.

Auch für die SVP-Fraktion ist ganz klar, dass die Vorstösse

nicht erfüllt sind. Es gebe keinen Grund, diese Vorstösse abzuschreiben. Die SVP-Fraktion lehnt die Abschreibung ab.

**Daniel Münger** hält fest, dass Motionen und Postulate dazu da sind, umgesetzt und dann abgeschrieben zu werden. Sie hätten nun alle gesehen, dass gewisse Punkte umgesetzt worden seien. Remo Franz habe selber gesagt, diese Motionen und Postulate würden heute inhaltslos dastehen. Daniel Münger bittet die Kolleginnen und Kollegen deshalb, die Vorstösse abzuschreiben.

RR **Adrian Ballmer** bittet namens der Regierung um Abschreibung der Vorstösse. – Im Übrigen seien sie bereits damals gegen die Vorstösse gewesen. Er sei nicht dagegen gewesen, weil er gegen einen Stellenstopp wäre. Er ist überzeugt davon, dass bei der Menge die entsprechende Zurückhaltung geübt werden muss.

Seit bald eineinhalb Tagen berate man nun über GAP. Und GAP habe u.a. auch eine Stellenreduktion zur Folge. Er erinnert an den Beschluss über die flankierenden Massnahmen. Diese bräuchte es nicht, gäbe es keinen Abbau. Die Regierung hat den Soll-Stellenplan beschlossen. Und im Prinzip gilt weiterhin ein Stellenstopp auch für das Budget 2006. So sei es beschlossen. Aber wie er bereits einmal gesagt habe, habe es etwas mit Aufgaben zu tun, die beschlossen werden, mit Leistungsaufträgen, die zu erfüllen sind. Die Stellen sind die Folge von Aufgaben und Aufträgen, die man mit GAP auch zu überprüfen versucht. Dass es sich bei der Überprüfung der Aufträge und Aufgaben um einen Dauerauftrag handelt, der noch nicht abgeschlossen ist und noch längere Zeit dauern wird, ist klar. Im Übrigen steht das auch so in der Verfassung.

Er erinnert sich in diesem Zusammenhang an einen Aufkleber mit dem Text: "Wozu Kraftwerke? Bei mir kommt der Strom aus der Steckdose." Er hat manchmal den Eindruck, dass der Landrat Aufgaben beschliesst, es aber niemanden interessiert, wie diese finanziert werden bzw. man schliesst diesbezüglich lieber die Augen. Man könne aber nicht einfach Aufgaben beschliessen und davon ausgehen, das habe keinen Einfluss auf die Ressourcen. Seines Erachtens ist die Situation, dass sie grundsätzlich einen Stellenstopp wollen, jedoch im Einzelfall klären müssen, wo es zusätzliche Aufgaben gibt, die trotzdem eine Aufstockung nötig machen. Dazu gehören z.B. die Spitäler; der diesbezüglich vom Bund gefasste Beschluss wird sofort relevant hinsichtlich der Anzahl Mitarbeitende. Ein anderer Bereich ist z.B. die Bildung. Wenn im Bildungsgesetz ein Deckwert festgehalten ist, kann am Schluss nur noch zur Kenntnis genommen werden, wie viel Lehrpersonen mehr es braucht. Diese Stellen können nicht alle in der Verwaltung eingespart werden. Das müsse einfach zur Kenntnis genommen werden.

Abschliessend stellt Adrian Ballmer fest, dass es kein Beinbruch ist, wenn der Landrat die Vorstösse nun stehen lässt. Aber in Wirklichkeit habe die Regierung den Teil, den sie machen können, begonnen und im Übrigen handle es sich um einen Dauerauftrag.

**Remo Franz** erinnert an seine Frage, ob die Regierung das Parlament ernst nimmt. Der Regierungspräsident habe die Antwort nun klar geliefert: Dieser nehme das Parlament

nicht ernst. Das Parlament habe der Regierung einen Auftrag erteilt. Ob der Regierung dieser Auftrag passe oder nicht, müsse nicht diskutiert werden, denn über den Inhalt wurde bereits diskutiert. Jetzt gehe es darum, dass die Regierung diesen Auftrag erfülle. Es könne nicht sein, dass nun noch einmal darüber diskutiert werde, ob das Sinn mache und realistisch oder machbar sei. Die Regierung habe einen Auftrag und nur darum gehe es.

Er schliesst aus dem Votum des Regierungspräsidenten, dass dieser nicht einmal bereit ist, die Sache anzugehen.

Regierungspräsident **Adrian Ballmer** hält fest, dass die Regierung das Parlament selbstverständlich ernst nimmt. Aber das Parlament müsse auch sehen, dass die Beschlüsse, die es fasse, nicht immer widerspruchsfrei seien.

**Isaac Reber** ist der Ansicht, dass die Frage, ob die Regierung das Parlament ernst nimmt, eigentlich hätte gestellt werden müssen, als es um die Vorlage betreffend Globalbudgets an den Spitälern ging.

*Abstimmungen:*

*Antrag 19 betreffend die Motion 2002/143 von Remo Franz: Stopp der Personalvermehrung*

*://: Der Landrat ist gegen eine Abschreibung der Motion 2002/143.*

*Antrag 20 betreffend die Motion 2003/149 von Urs Baumann: Bewahrung des AAA-Ratings des Kantons Basel-Landschaft durch Eindämmung des stetig steigenden Personalausbaues auf der Verwaltung*

*://: Der Landrat ist gegen die Abschreibung der Motion 2003/149.*

*Antrag 22 betreffend die Motion 2003/256 der SVP-Fraktion: Die Personalvermehrung in der Verwaltung muss gestoppt werden*

*://: Der Landrat ist gegen die Abschreibung der Motion 2003/256.*

*Antrag 23 betreffend die Motion 2003/313 von Remo Franz: Personalstopp*

*://: Der Landrat ist gegen die Abschreibung der Motion 2002/313.*

Landratspräsidentin **Daniela Schneeberger** stellt fest, dass die Beratung der Generellen Aufgabenüberprüfung damit abgeschlossen ist. Sie dankt für die speditive Mitarbeit.

*Für das Protokoll:  
Seline Keiser, Landeskanzlei*

\*

**Begründung der persönlichen Vorstösse**

Nr. 1306

2005/182  
Motion von Christoph Rudin vom 23. Juni 2005: Kulturge-  
setz

Nr. 1307

2005/183  
Motion der FDP-Fraktion vom 23. Juni 2005: 12 Schuljahre  
bis zur Maturität

Nr. 1308

2005/184  
Motion von Jürg Wiedemann vom 23. Juni 2005: Umset-  
zung des Bundesgerichtsurteils zum Eigenmietwert und  
Mietkostenabzug

Nr. 1309

2005/185  
Postulat von Remo Franz vom 23. Juni 2005: Ohne  
Infrastrukturen keine Arbeit! (Mitbericht bud)

Nr. 1310

2005/186  
Postulat von Matthias Zoller vom 23. Juni 2005: Daueraus-  
stellung Trinationaler Lebensraum (Mitbericht bud)

Nr. 1311

2005/187  
Postulat von Isaac Reber vom 23. Juni 2005: Unterstüt-  
zung des Schutzverbandes gegen das Atomkraftwerk  
Fessenheim

Nr. 1312

2005/188  
Interpellation der SVP-Fraktion vom 23. Juni 2005: Lehrer  
schliessen die Schule für die Teilnahme an Gewerk-  
schaftsdemo

Nr. 1313

2005/189  
Interpellation der FDP-Fraktion vom 23. Juni 2005: Ju-  
gendliche auf Lehrstellensuche

Nr. 1314

2005/190

Interpellation der FDP-Fraktion vom 23. Juni 2005: Läufer-  
fingerli - Bahn oder Busbetrieb?

Nr. 1315

2005/191

Interpellation von Remo Franz vom 23. Juni 2005: Wo  
steht die Wirtschaftsförderung heute?

**Keine Wortbegehren***Für das Protokoll:**Seline Keiser, Landeskanzlei*

\*

*Verabschiedung von Sylvia Liechti*

Landratspräsidentin **Daniela Schneeberger** verabschiedet  
Landratskollegin Sylvia Liechti mit folgenden Worten:

*Sylvia Liechti rückte am 11.06.1997 in den Landrat nach  
und wurde als Mitglied in die Erziehungs- und Kultur-  
kommission und als Ersatzmitglied in die Petitionskommis-  
sion gewählt. Vom 01.07.1999 bis zum 30.06.2003 war sie  
ausserdem Ersatzmitglied in der Geschäftsprüfungs-  
kommission. Am 01.07.2003 wurde sie von der SVP-  
Fraktion für das Büro des Landrats nominiert und von den  
Landratskolleginnen und -kollegen bestätigt. Am  
11. Dezember 2003 nahm sie zudem Einsitz in der Spe-  
zialkommission Ombudsman.*

*Sylvia Liechti macht wohl eher einen zurückhaltenden und  
unscheinbaren Eindruck. Das ist auf keinen Fall negativ  
gemeint. Viel mehr hat sie durch ihre Gründlichkeit und ihr  
Gespür, die Sache kritisch und differenziert anzugehen,  
vielmals die nötige Ruhe und Gelassenheit in die ganze  
Angelegenheit gebracht. Wenn sie aber von einer Sache  
überzeugt ist, kann sie sich auch dementsprechend  
durchsetzen – wie man im Rücktrittsschreiben lesen  
konnte auch gegen die Meinung der eigenen Fraktion.  
Freude hat sie immer auch an den Begegnungen mit  
verschiedensten Menschen – zweifellos die beste Voraus-  
setzung für ein Mitglied des Büros. So hat sie das Land-  
ratsbüro bei den verschiedensten Anlässen würdig ver-  
treten.*

*Sylvia Liechti hat sich nun für ihren Beruf und ihre ange-  
nehmen Pflichten als Grossmutter entschieden. Ihren  
Rücktritt aus dem Landrat bedauern wir sehr. Gleichzeitig  
aber respektieren wir ihre Entscheidung.*

*Wir danken Dir, Sylvia, für Dein Engagement und Deine  
Arbeit zugunsten unseres Kantons. Auf Deinem weiteren  
Lebensweg wünschen wir Dir von Herzen viel Erfolg, mehr  
Zeit für Dich und Deine Familie und natürlich viele glückli-  
che Stunden mit Deinen Enkelkindern. Danke.*

[Applaus]

Abschiedsrede der **Landratspräsidentin**:

Liebe Kolleginnen und Kollegen  
Geschätzte Damen und Herren

Mit einem lachenden und einem – wie man sieht [Daniela Schneeberger hat Mühe, die Tränen zurückzuhalten] – weinenden Auge ergreife ich nun in diesem Saal zum letzten Mal das Wort als Präsidentin.

Weshalb eigentlich mit einem lachenden Auge? In meinem Präsidentschaftsjahr, welches noch ein paar Tage dauert, werde ich an rund 160 Anlässen teilgenommen haben. Es waren das General- oder Delegiertenversammlungen, Tagungen, Jubiläumsfeiern und weitere politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Veranstaltungen. Bei etwas mehr als einem Drittel dieser Anlässe durfte ich die offiziellen Grüsse des Landrats und der Regierung überbringen. Für die Teilnahme an diesen 160 Anlässen wendete ich gut 650 Stunden auf. Ich gebe zu, diese Stunden sind meist selbstverschuldet, da ich, wie ich in meiner Antrittsrede bereits sagte, ein wenig ein "Höckeler" bin. Ich geniesse die Gesellschaft und die Unterhaltung unter anderen Leuten und die Veranstalter hatten ebenfalls Freude.

Das Amt der Landratspräsidentin bedeutete für mich einen zeitlichen Zusatzaufwand von insgesamt mehr als 750 Stunden. Dazu gehören neben den erwähnten Anlässen die Sitzungen mit der Landeskantonalverwaltung und die persönliche Vorbereitung. Es überrascht Sie wohl nicht, dass ich als Treuhänderin entsprechend Buch geführt habe und es nahm mich auch selber wunder. Ich meine schon, dass das zeitliche Engagement, welches für ein solches Präsidium notwendigerweise eingesetzt werden muss, beachtlich ist. Damit stösst man zweifellos an die Grenzen unseres Milizsystems. Und aus dieser Sicht ist es sicher vernünftig, dass dieses Präsidium nur ein Jahr dauert.

Aber mit dem lachenden Augen verbinde ich nicht nur den zeitlichen Aufwand, der jetzt wegfällt, sondern auch sehr viele schöne Erlebnisse während dieses ereignisreichen Jahres, das ich nie missen möchte. Dieses Amt brachte mir persönlich eine grosse Befriedigung. Vor allem die vielen persönlichen Begegnungen mit interessanten Menschen aus den unterschiedlichsten Lebensbereichen waren eine unwahrscheinliche Bereicherung und in vielerlei Hinsicht empfand ich dieses Jahr auch als ausserordentliche Lebensschule. Das wird mir natürlich sehr fehlen – wie man merkt – und damit spreche ich auch das weinende Auge an.

Selbstverständlich freue ich mich aber auch darauf, nach dem 1. Juli wieder aktiv zu politisieren, mich wieder konkret in die Vorlagen hineinzuknien und mitzureden. Als Präsidentin versuchte ich, über der Tagespolitik und vor allem auch über den Parteien zu stehen. Ich hoffe, dass mir das im vergangenen Jahr auch tatsächlich gelungen ist.

Dass der Rat wie gewohnt produktiv war, belegen folgende Zahlen:

In diesem Amtsjahr, vom 01.07.2004 bis 30.06.2005, wurden 261 Vorstösse eingereicht, behandelt haben wir insgesamt 255. Total gingen 138 neue Geschäfte ein, behandelt haben wir 129. Ich meine, diese Bilanz sieht nicht so schlecht aus. Unsere Effizienz ist sicher noch steigerungsfähig und manchmal hätten kürzere und präzisere Voten sicher mehr Erfolg als langatmige Aus-

führungen, die in der Sache auch nicht immer etwas Neues ergeben.

Gerne benütze ich die heutige letzte Sitzung des laufenden Amtsjahres dazu, ganz herzlich zu danken. Denn ohne tatkräftige und sachkundige Unterstützung wäre es schlicht nicht möglich gewesen, das Amt der Landratspräsidentin auszuüben. In dem Sinn danke ich Euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, für die gute Zusammenarbeit, die wir in diesem Jahr pflegen durften und auch für Euer Verständnis, wenn ich Euch vielleicht etwas zu stark gehetzt habe oder es ein Durcheinander gab wie vorhin eben. Ich habe mich manchmal selber unter Druck gesetzt, möglichst viel zu erledigen, möglichst alles zu Euern Gunsten perfekt zu machen und das führte wohl dazu, dass ich offenbar manchmal – laut bz – ein wenig gestresst gewirkt habe. Dazu kommt, dass es mir nicht immer ganz gelang, zwischen Beruf und Politik umzuschalten. Dieser Switch konnte ich manchmal nicht so gut machen. Das gehört aber zu meinem Naturell. Ich kann das nicht verbergen und ich danke Euch, dass Ihr Nachsicht hattet. Ich danke auch den Mitgliedern von Büro und Ratskonferenz für die kollegiale Unterstützung und den Mitgliedern des Regierungsrates für die partnerschaftliche Zusammenarbeit. Einen ganz besonderen Dank richte ich an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landeskantonalverwaltung, allen voran an Landschreiber Walter Mundschin. Ohne die grosse Unterstützung, Sachkenntnis und den grossen Erfahrungsschatz wäre diese Amtsausübung wesentlich schwieriger. Kurz: Unsere Landeskantonalverwaltung leistet hervorragende Arbeit im Dienste des Landrats. Herzlich möchte ich auch meinem Vizepräsidenten und Nachfolger Eric Nussbaumer danken. Ich glaube, unser Team hat funktioniert. [Sie zeigt ein Foto von ihnen beiden.] Und Eric hat sein präsidentiales Lehrjahr sogar ohne Abstimmungsanlage mit Bravour absolviert. Zu guter Letzt möchte ich an dieser Stelle auch meiner Familie, insbesondere meinem Lebenspartner, der heute leider nicht hier sein kann, und den Mitarbeitenden unserer Firma, insbesondere auch meinem Vater, herzlich danken. Sie mussten in diesem Jahr oft auf mich verzichten. Vielleicht war das manchmal auch ein Genuss?! Sie haben mich entlastet, wann immer es ging und mich tadellos unterstützt. Herzlichen Dank!

Ich wünsche uns allen ein gutes und fruchtbares neues Amtsjahr, während dem wir uns von neuem mit aller Kraft für das Gemeinwohl und unser schönes Baselbiet einsetzen. Wie ich bei meinem Amtsantritt gesagt habe: Es lohnt sich immer noch.

[Applaus]

Rede des Regierungspräsidenten **Adrian Ballmer**:

Sehr geehrte Frau Landratspräsidentin  
Sehr geehrter Herr designierter Landratspräsident  
Geschätzte Landratsmitglieder  
Geschätzte Medienvertreter und Gäste

Ich möchte zuerst den heute gewählten Präsidenten und

Präsidentinnen, Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten von Landrat und Regierungsrat ganz herzlich zu ihrer Wahl gratulieren und ich wünsche ihnen und damit auch uns, dass sie eine gute Präsidentschaftszeit haben.

Liebe Daniela, nun zu Dir:

"Lasst uns den Augenblick geniessen, dass wir nicht merken, wie die Zeit vergeht." Dieser Satz stammt vom deutschen Aphoristiker Friedrich Löhner. – Und wer nicht genießt, ist ungeniessbar. – Den Augenblick geniessen, das kann unsere Daniela sehr gut. Sie ist erfrischend unkonventionell, das haben wir heute auch wieder gesehen, temperamentvoll, offen, spontan, aufgestellt, fröhlich und sie verbreitet auch Fröhlichkeit. Sie brennt und kann auch andere anzünden (anzünden im Sinn von Emotionen wecken und nicht im Sinn von spotten). Sie ist kameradschaftlich, sie ist sensibel – und zwar anderen gegenüber –, bodenständig, volksverbunden, sie kennt ihre Wurzeln, sie steht mit beiden Beinen auf dem Boden – ausser wenn sie tanzt.

Vor einem Jahr begann es mit einem grossen Tag und einem tollen Fest für Daniela und für Thürnen. Sie versprach damals, als jüngste Landratspräsidentin während ihres Präsidentschaftsjahres alles daran zu setzen, sich dem Vertrauen von Parlament und Bevölkerung würdig zu erweisen. Und dem ist sie in ihrem Jahr als "Berufsbaselbieterin" auch voll gerecht geworden. Es war ein Jahr, das ihr – wie wir gehört haben – sehr viel gab und in dem sie uns auch sehr viel gab. Es war ein Jahr, welches sie forderte und bereicherte, welches zahlreiche Begegnungen und Erlebnisse brachte, welche für sie sicher unvergesslich bleiben werden. Dazu zählen viele Empfänge und Besuche: Insgesamt vier Bundesräte, darunter der Bundespräsident. – Wie sie mit ihm herzlich lachte, konnte man gerade letzthin in der Zeitung sehen. Sie traf den alt Bundesrat und UNO-Sonderbeauftragten Dölf Ogi. Sie empfing im vergangenen Herbst Parlamentspräsidenten aus der ganzen Schweiz. Der Kanton Uri war auf Besuch. Die Baselbieter waren zu Besuch beim Kanton Bern. Und schliesslich gab es zahlreiche Kontakte mit Basel-Stadt. Dazu zählen aber auch die unzähligen unmittelbaren Kontakte mit der Bevölkerung, mit Verbänden, Vereinen, Organisationen, Institutionen und hier stärkte Daniela Schneeberger mit grossem Engagement und viel Geschick das Vertrauen in die Politikerinnen und Politiker (und das ist weiss Gott nötig). Sie hat Fröhlichkeit ausgestrahlt und verbreitet und sie, die "Thürner Turnerin", wie sie am vergangenen Sonntag am Kantonalturfest in Thürnen in einem Wortspiel genannt wurde, hat an zahllosen Anlässen den vielen freiwilligen, ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern die verdiente Wertschätzung entgegengebracht und auch den richtigen Ton getroffen.

Am vergangenen Sonntag am Kantonalturfest hat es auch geheissen: "Sie gits Beschte au bim Feschte." In ihrer erfrischenden, sympathischen Art hat sie auch den Baselbieter Landrat präsiert und die anspruchsvollen Geschäfte in diesem arbeitsintensiven Jahr so speditiv, wie es die zahlreichen Rednerinnen und Redner zulassen, abgewickelt. – Erstmals sogar noch mit einer Redezeitbeschränkung und einem "Eieruhr-Controlling".

Liebe Daniela, Du warst ein Jahr Landratspräsidentin mit Leib und Seele, hast Dein hohes Amt sehr ernst genommen – so ernst wie wir den Landrat. [Heiterkeit.] Und als unsere Präsidentin und Repräsentantin für dieses Jahr gebührt Dir der Dank der Republik. Das Geschenk, das Dich an Deine Präsidentschaftszeit erinnert, gehört weder an den Arm noch um den Hals. Du hast Dich für die obligate Wappenscheibe entschieden, wie das auch früher Brauch und Recht war. Und diese darf ich Dir anschliessend als bescheidenes Zeichen unseres Dankes überreichen. Sie trägt die Widmung: "Der Kanton dankt Daniela Schneeberger, Landratspräsidentin 2004/2005". Das Bild von J.R. Schläppi symbolisiert unser Baselbiet, mit Baselbieter Stab, Krischen und einem Bauernhof.

Frau bald alt Landratspräsidentin Daniela, ich wünsche Dir privat, beruflich und politisch alles Gute. Geniesse weiterhin den Augenblick.

[Applaus]

[Daniela Schneeberger zeigt die Wappenscheibe]

Regierungspräsident **Adrian Ballmer** dankt abschliessend dem Landrat für die Arbeit und wünscht ihm ein schönes Fest heute und einen schönen, politikfreien Sommer.

[Applaus]

Landratspräsidentin **Daniela Schneeberger** schliesst die letzte Sitzung vor der Sommerpause. Sie wünscht den Kolleginnen und Kollegen schöne Ferien und gute Erholung.

Für das Protokoll:

Seline Keiser, Landeskanzlei

\*

Ende der Sitzung: 12.10 Uhr

**Die nächste Landratssitzung findet statt am**

**8. September 2005**

**Für die Richtigkeit des Protokolls**

**Im Namen des Landrats**

**die Präsidentin:**

**der Landschreiber:**